



Plenarprotokoll

67. Sitzung

Freitag, 30. August 2019

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019	5127	Stephan Holowaty [FDP].....	5136
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1563		Beschluss: Überweisung des Gesetzesentwurfs Drucksache 19/1563 an den Finanzausschuss.....	5136
Daniel Günther, Ministerpräsident.....	5127	HVV-Preiserhöhung ablehnen	5136
Tobias Koch [CDU].....	5128	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1639	
Dr. Heiner Dunckel [SPD].....	5130	ÖPNV-Tarife kundenfreundlich gestalten	5136
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5131	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1663	
Christopher Vogt [FDP].....	5132		
Jörg Nobis [AfD].....	5134		
Lars Harms [SSW].....	5135		

Lukas Kilian [CDU].....	5136	Gemeinsame Beratung	
Kai Vogel [SPD].....	5138		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5140	a) Vertretung des Landes Schles- wig-Holstein im Ausschuss der Regionen (AdR).....	5154
Kay Richert [FDP].....	5143		
Jörg Nobis [AfD].....	5145		
Lars Harms [SSW].....	5146	Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN und FDP	
Martin Habersaat [SPD].....	5147	Drucksache 19/1626	
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	5148	b) Zustimmung zur Benennung ei- nes schleswig-holsteinischen stellvertretenden Mitglieds der Landesregierung im Ausschuss der Regionen (AdR) für die 7. Mandatsperiode 2020-2025.....	5154
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 19/1639			
2. Überweisung des Alter- nativantrags Drucksache 19/1663 an den Wirtschaftsausschuss.....	5153	Antrag der Landesregierung Drucksache 19/1618	
Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2019 bis 30. Juni 2019.....	5153	Beschluss: Annahme des Wahlvor- schlags Drucksache 19/1626 und des Antrags Drucksache 19/1618...	5155
Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/1580			
Hauke Götsch [CDU], Berichter- statter.....	5153	Begabte Schülerinnen und Schüler an allen Schularten fördern.....	5155
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/1580 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	5154	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1422	
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens für die Finanzie- rung der beruflichen Ausbildung in der Pflege (Pflegeberufe-Ausbil- dungsfonds-Errichtungsgesetz – PflBAFondsErG).....	5154	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/1630	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1494		Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1422.....	5155
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 19/1633		Abschlussbericht der Unabhängi- gen Sachverständigenkommission „Evaluierung der Alterssicherung der Abgeordneten“.....	5155
Werner Kalinka [CDU], Berichter- statter.....	5154	Drucksache 19/1571	
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 19/1494 in der vom Berichterstatter münd- lich vorgetragenen Fassung.....	5154	Beschluss: Kenntnisnahme.....	5156
		Begabte Schülerinnen und Schüler an allen Schularten fördern.....	5156
		Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses Drucksache 19/1630	

Beschluss: Übernahme und Zustimmung der in der Beschlussempfehlung Drucksache 19/1630 enthaltenen EntschlieÙung..... 5156

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags..... 5156

Drucksache 19/1652 (neu)

Beschluss: Annahme..... 5156

* * * *

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Erkrankt sind heute von der CDU-Fraktion die Abgeordnete Barbara Ostmeier, von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Regina Poersch und von den Abgeordneten des SSW Flemming Meyer. Wir wünschen ihnen gute Besserung!

(Beifall)

Die Abgeordnete Pauls hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist.

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Dr. Frank Brodehl herzlich zum Geburtstag gratulieren. - Alles Gute für das Lebensjahr und zur Silberhochzeit!

(Beifall)

Begrüßen Sie außerdem mit mir Schüler und Schülerinnen der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule Kiel!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1563

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Ministerpräsidenten Daniel Günther das Wort.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Künstliche Intelligenz ist längst kein Thema mehr, das nur Spezialisten beschäftigt. KI ist in unserem Alltag angekommen. KI analysiert und steuert schon heute unzählige Vorgänge um uns herum. Siri, Alexa und Co zum Beispiel - für viele sind sie inzwischen vielgenutzte Ansprechpartner. Das ist nichts anderes als KI.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Sprachassistenten sind aber nur eines von vielen Beispielen. Die digitale Revolution hat den Stapellauf lange hinter sich. Sie ist inzwischen bei voller Fahrt angekommen und kennt nur eine Richtung: immer weiter voraus.

Wir in Schleswig-Holstein sind zum Glück mit an Bord. Wir haben die Dimension des digitalen Wandels richtig eingeschätzt und die Künstliche Intelligenz früh als Schlüsseltechnologie erkannt. In Sachen KI sind in unserem Land eine ganze Reihe von Unternehmen unterwegs. Die öffentliche Verwaltung, Forschung und Wissenschaft, aber auch die Politik ist mit diesem Thema befasst. Den digitalen Wandel zu gestalten und den Einsatz von KI zu fördern, ist für uns eine wichtige Aufgabe.

Deshalb haben wir im vergangenen Jahr das Digitalisierungsprogramm vorgestellt. Mit dem Konzept „Strategische Ziele und Handlungsfelder für die Künstliche Intelligenz in Schleswig-Holstein“ liegt ein erstes Ergebnis vor. Wir wollen mit diesem Konzept die Chancen und Potenziale dieser bahnbrechenden Technik für Schleswig-Holstein nutzen und gleichzeitig Leitlinien für ihren Einsatz ziehen, etwa hinsichtlich der Sicherheit von Daten und den Schutz von Bürgerrechten. Mit dem Konzept untermauern wir unseren Anspruch, beim Einsatz von KI bundesweit eine führende Rolle zu spielen.

Welche Chancen sich damit für uns bieten, zeigt aktuell das gemeinsame Projekt „KI-Space für intelligente Gesundheitssysteme“. Ein Konsortium der Unis Kiel, Lübeck, Hamburg und Bremen sowie großer und kleiner Unternehmen will damit Grundlagen für eine Plattform im Bereich Gesundheitswirtschaft schaffen. Sie soll technisch, regulativ, ethisch und unternehmerisch auf dem neuesten Stand sein. Am Ende sollen bessere und personalisierte Medizinprodukte und -dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger in Norddeutschland stehen.

In solchen anwendungsorientierten Plattformen steckt künftig das Potenzial für Innovation und Wertschöpfung. Unser KI-Handlungsrahmen schafft die Grundlage, dieses Potenzial zu nutzen. Mit diesem Gesetz zur Einrichtung eines Sondervermögens wollen wir das Konzept nun umsetzen. Wir wollen damit unsere Handlungsfähigkeit verbessern, auch wenn es darum geht, Drittmittel einzuwerben.

All das tun wir mit Blick auf unser Ziel, Künstliche Intelligenz noch effektiver zu nutzen. Mit den vorgesehenen 4,5 Millionen € wollen wir Projekte und Initiativen anschieben, die sich über insgesamt acht

Handlungsfelder erstrecken. Sie reichen von Forschung und Lehre über Verwaltung und Wirtschaft bis hin zum Bereich Klima und Energie.

Selbstverständlich betrachten wir dabei generell auch die Folgen für unsere Gesellschaft. Uns ist es sehr wichtig, dass der Einsatz von KI unter ethischen Gesichtspunkten erfolgt. Anders als in anderen großen Ländern haben Datensicherheit und Datenschutz für uns einen hohen Stellenwert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen, dass der Einsatz von KI von der Bevölkerung akzeptiert wird. Dafür brauchen wir eben klare Regelungen.

„KI made in Schleswig-Holstein“ lautet das Motto. Ein Expertenrat wird deshalb den Blick auf gesellschaftliche Folgen werfen und uns beratend zur Seite stehen. Fast alle von uns hier im Saal haben schon erlebt, wie technischer Fortschritt tiefgreifenden Wandel auslösen kann. Das Internet Mitte der 90er-Jahre, Smartphones Ende des vergangenen Jahrhunderts - KI wird mindestens so umwälzend sein, wahrscheinlich noch viel stärker. Wir in Schleswig-Holstein wollen bei dieser Entwicklung vor der Welle bleiben. Das ist unser Ziel. Dafür ist dieses Konzept gedacht. Dafür brauchen wir dieses Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens KI. Ich hoffe, dass wir daran gemeinsam arbeiten. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie Dr. Frank Brodehl [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Tobias Koch, das Wort.

(Martin Habersaat [SPD]: KI ist längst nicht mehr nur ein Expertenthema!)

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Juni hat die Landesregierung ihr Strategiekonzept für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein vorgelegt; der Ministerpräsident hat dazu gerade ausgeführt.

Vor zwei Wochen formulierte der Chef der Staatskanzlei den Anspruch, beim Einsatz von KI in der Gesundheitswirtschaft weltweit in der ersten Liga mitzuspielen. Und heute beraten wir in erster Le-

(Tobias Koch)

sung über die Auflegung eines millionenschweren Sondervermögens, um den Einsatz von KI in Schleswig-Holstein zu fördern.

Das Thema Künstliche Intelligenz fügt sich damit nahtlos in die Aufbruchstimmung und die Dynamik ein, die sich in Schleswig-Holstein in den letzten zwei Jahren unter Jamaika entfaltet hat.

(Beifall CDU - Lachen SPD)

- Darüber muss man gar nicht lachen; dafür gibt es zahlreiche Beispiele.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Bei dem Thema Energiespeicherung haben wir uns mutig um die Energiezellenforschung beworben.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir waren dabei auf Augenhöhe mit den großen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Deshalb werden wir am Ende auch nicht leer ausgehen.

Bei dem Thema Wasserstofftechnologie sind wir in Schleswig-Holstein gleich mit zwei Reallaboren zum Zuge gekommen.

Beim Ausbau des Glasfasernetzes liegt Schleswig-Holstein mit einer Anschlussquote von mittlerweile 40 % der Haushalte bundesweit an der Spitze.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Stichworte Online-Glückspiel und E-Sport in Verbindung mit Intelligenz in den Mund zu nehmen, mag etwas gewagt sein. Dass wir aber auch bei diesen beiden Themenfeldern bundesweit mit an der Spitze der Bewegung stehen, wird, glaube ich, niemand bestreiten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Als kleines und eher armes Bundesland, das sich zudem in einer geografischen Randlage Deutschlands befindet, werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn wir schneller, kreativer und intelligenter sind als andere.

Genau dafür stehen die genannten Themen und Aktivitäten, die unsere Landesregierung in diesen Bereichen dankenswerterweise entfaltet. Jamaika sorgt für neuen Schwung in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, wir erleben derzeit weltweit eine Phase bahnbrechender technologischer In-

novationen. Die Digitalisierung verändert unser Leben, und ein Schlüsselthema der Digitalisierung ist die Künstliche Intelligenz. KI bildet die Grundlage für autonomes Fahren, ermöglicht die automatische Auswertung medizinischer Daten zur Früherkennung von Krankheiten, optimiert die Steuerungsprozesse von Industrieanlagen und vieles mehr.

Im Konzept der Landesregierung werden die bevorstehenden Veränderungen deshalb völlig zu Recht mit dem Zeitalter der Industrialisierung verglichen. Algorithmen, neuronale Netze, selbstlernende Systeme sind die Dampfmaschinen der heutigen Zeit.

Selbstverständlich wird Schleswig-Holstein nicht in allen Bereichen vorne mit dabei sein können, und oft ist der Vorsprung in den USA und in China bereits gewaltig. Deshalb müssen wir auf unsere vorhandenen Stärken setzen und diese gezielt weiter ausbauen. Gerade im Bereich der Medizin und der Gesundheitswirtschaft haben wir in Schleswig-Holstein bereits beste Voraussetzungen.

Wie gut wir bereits aufgestellt sind, zeigt die jüngste Entscheidung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zugunsten der Universität Lübeck, wo jetzt mit 2 Millionen € Bundesförderung ein Forschungslabor zur Entwicklung KI-basierter Softwaresysteme aufgebaut werden kann.

(Beifall CDU)

Und ein weiteres Projekt - darauf hat der Ministerpräsident gerade hingewiesen - befindet sich derzeit im Rennen um Bundesmittel aus dem vom Bundeswirtschaftsministerium aufgelegten Innovationswettbewerb Künstliche Intelligenz, nämlich das Projekt „KI-Space für intelligente Gesundheitssysteme“, kurz KI-SIGS, in dem sich die Uni Lübeck, die CAU und das UKSH als Teil eines norddeutschen Konsortiums um weitere 10 Millionen € an Bundesförderung bewerben.

Im Hinblick auf die vom Bund im Rahmen der Nationalen KI-Strategie in Aussicht gestellten 100 neuen Professuren und den zwölf bundesweiten KI-Zentren kommt es jetzt entscheidend darauf an, auch als Bundesland Flagge zu zeigen und den eigenen Standort zu stärken. Wir setzen deshalb nicht nur auf die Förderung und die Hilfe vom Bund, sondern wir nehmen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch eigene Landesmittel in die Hand.

Mit der Bildung des Sondervermögens zur Förderung des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz schaffen wir ein Finanzierungsinstrument, das über die jährlichen Haushaltsmittel hinausgeht und damit

(Tobias Koch)

die Planungssicherheit und die erforderliche Flexibilität für mehrjährige Projekte bietet.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat das Thema KI frühzeitig erkannt: Ausgehend von den beiden großen KI-Konferenzen im Jahr 2018 und Anfang 2019 wurde das von mir eingangs erwähnte Strategiekonzept entwickelt, in dem die Handlungsfelder definiert sind. Wenn der Landtag nun auch noch dem Gesetzentwurf für das Sondervermögen zustimmt, dann ist auch die Finanzierung gesichert.

Wie es dann anschließend weitergeht, meine Damen und Herren, und wie der Einsatz von Künstlicher Intelligenz sich auf uns in Schleswig-Holstein auswirken wird, das können wir dann im Rahmen des „Förde Formums“ der CDU-Landtagsfraktion am 10. September 2019 hier im Hause diskutieren. Zu dieser Veranstaltung sind Sie herzlich eingeladen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Dunckel.

Dr. Heiner Dunckel [SPD]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einrichtung eines Sondervermögens als Finanzierungsinstrument war und kann sinnvoll sein, um bei einem solch zentralen Thema wie zum Beispiel KI über eine längere, jährliche Planungen hinausgehende Zeit flexibel zu reagieren. Allerdings bergen die jetzt schon zahlreichen Sondervermögen die Gefahr in sich, dass bei der zugegebenmaßen möglichen Flexibilität uns, dem Parlament, der Überblick und die Kontrolle über die Gelder verloren geht und nicht mehr erkennbar ist, für welchen Zweck und mit welcher Priorität Haushaltsüberschüsse dem Sondervermögen zugeführt werden.

Mit dieser Skepsis bin ich nicht ganz allein. Ich erlaube mir hier nur den kurzen Hinweis der entsprechenden Ausführungen der Kollegen Vogt und Koch in der letzten Legislatur zum Thema Sondervermögen.

(Beifall SPD - Zuruf Lars Harms [SSW])

- Nicht wirklich.

(Christopher Vogt [FDP]: Und wie waren die Auswirkungen?)

- Wir können ja noch einmal darüber reden, ob Sie wirklich klüger geworden sind.

Nun stellen Sie erst einmal 4,5 Millionen € in das Sondervermögen KI ein. Das kann sicherlich nur ein Anfang sein, um KI wirklich voranzubringen und um damit quasi mit einer Spitzenstellung beim Einsatz von KI in kleineren und mittleren Unternehmen bundesweit führend zu sein oder gar, wie ich gerade gehört habe, weltweit führend zu sein. Dafür reichen sicherlich nicht nur 4,5 Millionen € Wir würden deshalb sehr gern erfahren, welche Finanzmittel sie, liebe Jamaika-Koalition, nun wirklich für KI einzusetzen gedenken. In den Unterlagen findet sich darüber nicht viel.

Ich will hier gar nicht an die Mittel erinnern, die zum Beispiel in China oder in den USA für KI veranschlagt werden. Aber ich kann schon daran erinnern, dass die Bundesregierung im Rahmen der deutschen KI-Strategie Investitionen von 3 Milliarden € bis zum Jahre 2025 plant und davon ausgeht, dass sich Bundesländer und Unternehmen mit Investitionen in gleicher Höhe beteiligen werden. Dann haben wir in Schleswig-Holstein sicherlich eine größere Summe als die in dem Sondervermögen veranschlagte.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Trotzdem, glaube ich, werden auch 400 Millionen € nicht ausreichen.

Aber gucken wir uns einmal inhaltlich an, was Jamaika im Bereich KI unter anderem mit dem Sondervermögen fördern will. Da hilft sicherlich die genaue Lektüre des schon genannten Strategiepapiers. Ich will allerdings festhalten: Auch wir halten KI für eine wichtige Schlüssel- und Zukunftstechnologie. Wir haben im Land gar keine andere Wahl, ob wir KI nun fördern wollen oder nicht; denn KI findet statt. Die Forschung und die Unterstützung zum Beispiel der Universität zu Lübeck im Bereich Artificial Intelligence zeigen ja, wie hilfreich diese Technologie bei der Diagnose und Therapie seltener Erkrankungen bei bildgebenden Verfahren und so weiter ist.

Nun zum Strategiepapier. Eine echte Strategie kann ich nicht erkennen. Eine Strategie sieht anders aus, zumindest dann, wenn man unter Strategie klare Begrifflichkeiten, ein messbares Zielsystem mit Beschreibung der Wege und Mittel und damit auch der finanziellen Mittel versteht.

(Dr. Heiner Dunckel)

Man kann das Papier der Landesregierung vielleicht wie folgt kennzeichnen: Die Strategie ist überwiegend allgemein formuliert.

„Ihre teils wagen Zielsetzungen beziehen sich auf unterschiedliche Wirkungsebenen, was deren Umsetzung, Steuerung und Erfolgsmessung erschweren wird.“

- Das ist übrigens nicht meine Formulierung, sondern das ist die Formulierung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu solchen Konzepten.

Wir kennen das ja schon aus dem Koalitionsvertrag: Es wird wieder viel geprüft. Festlegungen und Schwerpunkte findet man kaum und mein Eindruck ist - Herr Kollege Koch hat es auch gerade deutlich gemacht -, dass vieles unter der Überschrift KI firmiert, was im engeren Sinne kein KI ist.

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Zur Erreichung der vorgenannten strategischen Ziele“

- in dem entsprechenden Papier von Jamaika; so darf ich erwähnen: diese finden sich nicht wirklich -

„werden in den zentralen Handlungsfeldern Wirtschaft, Forschung, Lehre, Bildung, Anwendung, Transfer, Netzwerk, Verwaltung, Klima und Energie sowie Gesellschaft Maßnahmen beschrieben.“

Und es geht weiter:

„Diese sind nicht abschließend ...“

Da fehlt nun wirklich kaum noch etwas. Eine Schwerpunktsetzung sieht wirklich anders aus.

(Beifall SPD)

Diese ist aber erforderlich, um unsere begrenzten Ressourcen zielbringend einzusetzen. Hier muss dringend nachgearbeitet werden, damit es ein ernsthaftes Strategiepapier wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf die Frage der ethischen Dimension der KI eingehen. Wir begrüßen und halten es für dringend notwendig, dass Sie ethische Leitlinien für die Anwendung von KI definieren und mit Expertinnen und Experten Antworten finden. Das ist immer richtig, denn gerade bei KI, deren Entscheidungen, Kriterien und Prozesse für viele Nutzerinnen und Nutzer nicht immer transparent sind, brauchen wir klare Regelungen. Auch hier möchte ich feststellen: Ich hätte mir doch schon konkretere Schritte und Maßnahmen gewünscht, die nach meiner Erinnerung der Ministerpräsident bereits im Januar dieses Jahres auch

schon bei der Diskussion um die Professur „Soziale Folgen der KI“ angekündigt hat. Wenigstens die Einberufung des Expertenrates wäre doch schon möglich gewesen, aus unserer Sicht bestenfalls mit Entscheidungsträgern aus der Industrie, Wissenschaft und Gesellschaft und selbstverständlich auch von den Gewerkschaften. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Joschka Knuth.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Ich freue mich, in meiner ersten Tagung als Abgeordneter gleich zu einem so wichtigen Thema sprechen zu dürfen. Daher auch großen Dank an meine Fraktion.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Heiterkeit)

Ich möchte auch der Landesregierung für den vorgesehenen Gesetzesentwurf danken. Sie hat bereits einen strategischen Handlungsrahmen für den Einsatz Künstlicher Intelligenz in Schleswig-Holstein vorgestellt. Das ist heute bereits deutlich geworden. Der beinhaltet auch eine ganze Reihe an Maßnahmen zur Implementierung Künstlicher Intelligenz im Land. Da ist es nur richtig, dass wir jetzt für die Finanzierung der Umsetzung von Projekten in diesem Handlungsrahmen auch die richtigen Weichen stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Digitale Entwicklung wie mobile Netzwerke, Big Data oder Cloud-Anwendungen haben unsere Wirtschaft, unser Zusammenleben, Wissenschaft und Verwaltung in den vergangenen Jahren bereits maßgeblich beeinflusst. In den kommenden Jahren werden neue große Trends dazukommen, die vor allem durch die zunehmende Weitergabe und Vernetzung von Informationen in Daten in Kombination mit immer leistungsfähigeren Systemen geprägt sind. Künstliche Intelligenz und Machine Learning oder das Internet der Dinge werden die nächsten prägenden Entwicklungen sein. Schon heute müssen die richtigen Rahmenbedingungen und vor allem auch die richtigen Unterstützungsmechanismen für die Anwendungen dieser Tools geschaffen werden. Genau das machen wir, und genau das macht unsere

(Joschka Knuth)

Landesregierung mit der Einführung dieses Sondervermögens.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Denn schon jetzt ist KI im wirtschaftlichen Wettbewerb aus der Realität überhaupt nicht mehr wegzudenken. Ein Viertel der deutschen Unternehmen hat KI bereits in ihre Geschäftsprozesse implementiert. Über 90 % der deutschen Unternehmen gehen davon aus, dass Künstliche Intelligenz in den nächsten fünf Jahren einen starken Einfluss auf ihre Branche haben wird. Die Automatisierung von Prozessen, das Vorhersagen von Kundenverhalten oder Marktentwicklung oder die Aufbereitungen von externen oder internen Daten als Basis für weitere Entscheidungen sind die wichtigsten Einsatzfelder für KI. Sie kann damit auch dazu beitragen, dass wir Ressourcen in erheblichem Maße sparen und damit Umwelt und Klima schützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Gerade hier bei uns im Land, wo die überwiegende Mehrheit der Unternehmen zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen gehört und dabei auch zu den Marktführern in ihrem Bereich, ist es dringend angezeigt, dass wir diese unterstützen. Da sind diese 4,5 Millionen € ein relevanter Baustein. Da ist Unterstützung allemal besser angebracht als Häme über unseren Mittelstand.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir als Jamaika-Regierung sind gern bereit, beim Aufbau der notwendigen Infrastruktur und vor allem bei dem Aufbau der notwendigen Kompetenzen zu unterstützen. Das gilt nicht nur für Unternehmen mit digitalen, sondern auch für solche mit sehr realen Geschäftsmodellen; denn sie alle können mit Künstlicher Intelligenz einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil erzielen.

Deshalb freue ich mich auch über die klar formulierten Ziele in der KI-Strategie und dass wir diese mit Maßnahmen hinterlegt haben. Denn auf Zielformulierung folgt Handlung, und ohne Ziele laufen unsere Handlungen ins Nirwana.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Für den erfolgreichen Einsatz von KI brauchen wir fachliche und technische Expertise. Das ist das A und O. Wir brauchen die entsprechenden Technologien, die richtigen Talente und vor allem jede Men-

ge Daten. Ich freue mich sehr, dass wir da Maßnahmen benannt haben, wie wir mit diesen Daten umgehen wollen und dass dabei der Schutz der Daten und die ethische Verwendung der Daten in den Fokus genommen wird.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Noch mehr freut mich aber, dass wir auch den Aufbau der notwendigen Expertise fördern wollen und bereits fördern. Wenn man sich im Land umschaute, sieht man, dass schon vieles passiert. Die Aufrüstung des Dataport-Rechenzentrums zum Beispiel wird enorme Vorteile für Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung nach sich ziehen. Aber genauso gehört auch das autonome Fahren sowie die Einrichtung des KI-Hubs dazu. Gerade der Auf- und Ausbau der wissenschaftlichen Forschungs- und Ausbildungsstrukturen zu KI und insbesondere zu Data Sciences ist einer der zentralen Bausteine zum Vorreiterland bei der Anwendung von KI.

Die neue Professur an der FH Kiel zu Data Sciences passt dazu bestens ins Konzept; denn echte Veränderung kommt erst, wenn kluge Menschen einer KI vorschlagen, welche Probleme gelöst werden sollen und nicht anders herum.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Die Anwendungsfelder und -varianten von KI werden sich in den kommenden Jahren noch weiter verändern. Deshalb ist die Schaffung des Sondervermögens zur flexiblen Investition und Unterstützung exakt die richtige Entscheidung und genau der richtige Baustein, den wir jetzt brauchen. Ich freue mich, dass wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im Blick haben und so auch weiter unterstützen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Oppositionsführer wieder gute Laune hat. Das hilft vielleicht bei dem Thema.

(Beifall FDP und CDU)

(Christopher Vogt)

Das Thema Künstliche Intelligenz kommt seit Jahren in immer schnellerer Abfolge auf die Tagesordnung. War es vor zehn Jahren vielleicht noch eher ein Thema bei der Gamescom oder beim Chaos Computer Club, hat heutzutage eigentlich jeder, ich denke auch Herr Dr. Stegner, zumindest eine grobe Ahnung, was sich hinter KI verbirgt, auch wenn die Alltagserfahrungen für den einzelnen Bürger teilweise noch überschaubar sein mögen.

Es ist jedoch ein Trugschluss, wenn man das Thema Künstliche Intelligenz für reine Zukunftsmusik hielte. Es geht nicht um die Frage, ob unsere Gesellschaft bei KI irgendwie mitmacht oder nicht, sondern um die Frage, wie wir uns darauf vorbereiten, also inwieweit wir die Chance nutzen wollen und die Risiken im Zweifel auffangen können. Es geht aus meiner Sicht - und das klingt schon an - ganz stark um die Dominanz der USA und Chinas bei dieser gewaltigen technischen Revolution, die nicht mehr Jahrzehnte für Umwälzungen brauchen wird, sondern wohl nur noch einige Jahre und deren wirtschaftliche und soziale Folgen wohl gewaltig sein werden.

Zwei kurze Beispiele dazu, über die ich kürzlich gestolpert bin: In einer Studie der Uni Heidelberg wurde dargelegt, dass mit Hilfe von maschinellem Lernen KI in der Lage war, bösartige Melanome auf einem Röntgenbild besser zu erkennen als international anerkannte Top-Experten. Nur 22 % dieser Ärzte konnten im Jahr 2018 den Algorithmus schlagen. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass es in den nächsten Jahren wohl kein Arzt mehr schaffen wird, besser zu sein als der Algorithmus. Das hat große Vorteile für die Patienten, es ist daher ein großer Fortschritt für unsere Gesellschaft, wird aber den Arztberuf natürlich erheblich verändern.

Ein weiteres Beispiel, das ich noch viel krasser finde: JP Morgan hat dieses Jahr verkündet, eine Software einzusetzen, die innerhalb von Sekunden Dokumente analysiert, die 360.000 Arbeitsstunden von Fachpersonal entsprechen. Dadurch wird deutlich, welche ungeahnten Möglichkeiten sich bereits jetzt und künftig noch viel stärker ergeben werden. Man sieht aber auch, welche enormen Umwälzungen uns in der Arbeitswelt unmittelbar bevorstehen und welche drängenden sozialen Fragen sich daraus bis weit in die Mittelschicht hinein ergeben. Daher ist es richtig und dringend notwendig, dass wir uns viel intensiver als bisher mit der Frage auseinandersetzen, wie wir uns beim Zukunftsthema KI positionieren wollen und unsere Gesellschaft angesichts

der zunehmend zum Einsatz kommenden Künstlichen Intelligenz gestalten wollen.

Wir haben uns als Koalition gemeinsam vorgenommen, digitale Vorzeigeregion zu werden. Nun kann man festhalten, beim Breitbandausbau sind wir ganz gut und waren das auch schon in früheren Jahren im bundesweiten Vergleich, international sind wir aber immer noch schlecht.

Aber ansonsten gibt es beim Thema Digitalisierung in den meisten Bereichen noch viel Luft nach oben. Der Bund muss sich vor allem um die Funklöcher in Schleswig-Holstein kümmern; das ist aus meiner Sicht besonders prekär. Die Bundesnetzagentur muss dort bei den Ausschreibungen anders vorgehen und mehr Druck auf die Unternehmen machen.

(Beifall FDP)

Wir werden beim Thema Digitalisierung erhebliche finanzielle Mittel brauchen, um Investitionen für verschiedene Projekte auszulösen. Die 4,7 Millionen € für KI sind ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Sie können natürlich nur ein Anfang sein.

Professor Dr. Dunckel hat viele Dinge auch kritisch angemerkt. Ich fand dabei nicht alles falsch. Ich muss aber sagen, Kollege Dunckel: Natürlich war KI auch schon vor dem Zeitraum Mitte 2017 ein Thema. Ich denke, man hätte als Landesregierung auch schon in früheren Jahren das Thema anpacken können - was die jetzige Landesregierung nun tut.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Daher freue ich mich über den Gesetzentwurf und über die geplante Schaffung eines Sondervermögens.

Ja, man kann Sondervermögen mit Blick auf Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit kritisch sehen. Sie haben aber auch große Vorteile. Man kann Haushaltsüberschüsse dazu verwenden, überjährige Investitionen vorzunehmen. Insofern hat das auch seinen Vorteil; das haben wir auch schon früher an anderer Stelle anerkannt. Ich glaube, mit der Konzentration auf wichtige Themen wie Medizintechnik, Küsten- und Klimamodellierung sowie Datensicherheit werden die richtigen Themen ins Visier genommen.

Wenn wir uns auf die Stärken Schleswig-Holsteins konzentrieren und die Maßnahmen bündeln, bin ich mehr als zuversichtlich, in baldiger Zukunft vorzeigbare Ergebnisse präsentieren zu können. Allerdings muss ebenso klar sein, dass es natürlich ein überschaubarer Betrag ist. Bei sechsstelligen Einstiegsgehältern für KI-Experten und bei den drei-

(Christopher Vogt)

stelligen Milliardenbeträgen, die von den zwei Top-Forschungsnationen USA und China aufgerufen werden, kann die KI-Forschung in Europa nur mit massivem Kapitaleinsatz wirksam vorangetrieben werden.

2017 kamen 86 % der Investitionen in diesem Bereich aus den USA und China. Da werden auch die 3 Milliarden € an deutschen Forschungsgeldern - wohlgemerkt: bis 2025; das ist nicht pro Jahr - keinen wesentlichen Unterschied machen. Daher ist es an der Bundesregierung, sich vorrangig für eine EU-weite KI-Strategie einzusetzen, damit wir im internationalen Umfeld mithalten können und somit auch in Schleswig-Holstein stärker profitieren können.

(Beifall FDP und CDU)

Wir stehen nicht am Anfang; wir sollten aber dazu beitragen, dass die vorhandenen Kompetenzen und Kapazitäten in Schleswig-Holstein stärker gebündelt und weiterentwickelt werden. Wir sollten Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker zusammenbringen und dabei vor allem auf den Schwerpunkt Medizin und Gesundheitswirtschaft setzen. Die Bewerbung beim Bund ist deshalb richtig.

Neben der Künstlichen Intelligenz - das möchte ich abschließend sagen - muss es aber immer auch um die natürliche Intelligenz gehen. Deshalb wollen und müssen wir die Bildung weiter stärken, gerade im MINT-Bereich und bei den klassischen Kernkompetenzen, und wir müssen vor allem die Kreativität und Persönlichkeitsbildung stärken. Denn was Empathie und Kreativität angeht, so wird der Mensch hoffentlich auch in Zukunft immer noch der Technik überlegen sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! „Künstliche Intelligenz wird wahrscheinlich das Ende der Welt einleiten“, orakelte Sam Altman, Co-Chairman von OpenAI, im Jahr 2015. Zum Glück ergänzte er noch: „Aber bis dahin wird es ein paar tolle Unternehmen geben.“ Sehen wir also zu, dass

einige dieser tollen Unternehmen sich bei uns in Schleswig-Holstein ansiedeln.

Von meinen Vorrednern ist hier und heute schon viel Gutes und Richtiges zu den Chancen Künstlicher Intelligenz gesagt worden, sodass ich mich kurzfassen kann.

Wirtschaftliche und technologische Chancen, etwa im Bereich der medizinischen Nutzung, dürfen wir nicht verpassen. Auch wenn die konkrete Ausnutzung und Entwicklung von Anwendungen in diesem Bereich eine Aufgabe ist, aus der sich der Staat vornehm heraushalten sollte - wir sollen nicht vergessen: sämtliche großen technologischen Errungenschaften der letzten Jahre sind staatsfern entstanden -, so ist es doch unsere Aufgabe im Bereich der Forschung, die Grundlagenforschung zu unterstützen und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Aber dazu braucht es freilich nicht noch ein Sondervermögen. Die Förderung in einem so speziellen Bereich kann ohne Probleme auch über den Haushalt abgebildet werden. Das geschieht in anderen Bereichen ja auch.

Das Land hat bereits heute eine Vielzahl von kleineren und größeren Sparschweinen, in denen jeweils zweckgebunden Gelder geparkt werden. Den Trend, immer mehr Gelder aus dem regulären Haushalt outzusourcen, halten wir für einen Irrweg. Sinnvoll sind Sondervermögen grundsätzlich zum Beispiel dort, wo über einen längeren Zeitraum konkrete Investitionsbedarfe absehbar sind, also etwa bei unserem Sondervermögen „IMPULS 2030“ oder bei „MOIN.SH“, aber auch da, wo eine langfristige Zweckbindung besteht, also etwa der Versuch einer Pensionsabsicherung im Sondervermögen Versorgungsfonds.

Aber dabei sollten wir es dann auch belassen. Künstliche Intelligenz kann auch ohne Sondervermögen transparent über reguläre Haushaltstitel gefördert werden. Da wären wir ganz klar dabei. Ihr Vorhaben in der aktuellen Fassung aber lehnen wir daher ab.

Förderung von Künstlicher Intelligenz: Ja, das ist notwendig. Aber stellen Sie uns bitte kein neues Sparschwein auf den Tisch. Dafür gibt es den Landeshaushalt. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat deren Fraktionsvorsitzender Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten! Der Trendbegriff unserer Zeit ist „Künstliche Intelligenz“. KI ist längst in unserem Alltag angekommen. Sie operiert zwar meist - noch - im Hintergrund, doch uns allen ist bewusst, dass die kontinuierliche Weiterentwicklung in diesem Bereich unaufhaltsam ist und dass sie unsere Arbeitswelt und unsere Gesellschaft nachhaltig verändern wird.

Die globalen Vorreiter und Wettbewerber warten nicht auf uns, daher ist es wichtig und richtig, dass wir uns auch hier in Schleswig-Holstein endlich strukturiert und strategisch mit diesem Thema auseinandersetzen, von viel diskutierten ethischen Fragen über die Frage nach priorisierten Handlungsfeldern bis hin zur Frage nach der Finanzierung.

Machen wir uns nichts vor: Die eierlegende Wollmilchsau gibt es hier nicht zu holen; das schafft zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht einmal das Silicon Valley. Unsere Aufgabe ist es stattdessen, diesen Prozess zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes politisch zu begleiten und die Entwicklung der praktischen Vorteile voranzutreiben. Wie kann uns dies gelingen?

Der vorliegende Entwurf der Landesregierung kommt insgesamt recht kurzfristig, da all dies ja noch in das Haushaltsgesetz 2019 eingeflochten werden soll. Er ist aber aus unserer Sicht grundsätzlich zu begrüßen. Es ist sinnvoll, ein solches Sondervermögen nun langfristig aufzubauen - gerade im Hinblick auf wirtschaftlich schwächere Zeiten, die uns früher oder später nun einmal ereilen werden. Gerade dann wird es wichtig sein, vielversprechenden Projekten Planungs- und Finanzierungssicherheit geben zu können.

Apropos Finanzierung: Ich will das Gesamtbudget an dieser Stelle ja nicht allzu kritisch beäugen, aber die von der Landesregierung formulierten Ansprüche, auf dem Gebiet der KI „bundesweit führend“ werden zu wollen, sind in Anbetracht der realistisch zu erwartenden Summen für das Sondervermögen doch ziemlich ambitioniert. Aber sei's drum - wir werden uns dieser Herausforderung stellen, und daher ist es auch aus unserer Sicht notwendig, sich im Vorhinein Gedanken über eine grundlegende Prioritätenliste zu machen.

Wir vom SSW plädieren diesbezüglich insbesondere für die folgenden beiden Punkte: erstens Medizintechnik beziehungsweise Diagnostik, und zweitens bürgerfreundliche Verwaltung.

Zu Punkt eins: Mit dem UKSH und den vielen kleineren Kliniken sind wir auf dem Markt, was den

medizinischen Service angeht, sicherlich gut aufgestellt. In der Diagnostik profitieren Ärzte und Patienten schon heute von deutlich schnelleren und präziseren Befunden, welche zuvor von KI analysiert und aufbereitet wurden. Es ist ja auch vollkommen richtig, dass der Nutzen für die Menschen im Zentrum stehen sollte. Hier sollten wir ansetzen und sollten Gelder für eine weitere Verbesserung freimachen. Der Gesundheitsbereich bietet eines der größten Potenziale im KI-Bereich hier bei uns im Land, und dieses sollten wir bestmöglich nutzen.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu Punkt zwei: Das bürgerfreundliche E-Government ist ja bereits von der Landesregierung groß angekündigt worden. Keine Frage: Ich bin überzeugt, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger ein entsprechend umfassend eingerichtetes Online-Serviceangebot gern und sofort nutzen würden; gerade in andernfalls recht zeitintensiven Verwaltungsangelegenheiten wäre das eine echte Hilfe. Wir erwarten daher gespannt die Fortschreibung des Digitalisierungsprogramms, das die Landesregierung ja ab September vorlegen will. Da, glaube ich, muss es schon einen Link geben zwischen dem Sondervermögen und dem E-Government, wenn es um die Frage geht, wie man all diese Geschichten finanzieren will. Da müssen wir relativ konkret werden. Wir reden heute nur über das Zurverfügungstellen von Geldern - aber dann müssen wir tatsächlich auch über konkrete Maßnahmen reden, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW)

Deswegen werden wir das auch sehr genau im Auge behalten.

Fassen wir also zusammen: Im Bereich KI haben wir auf gesamtdeutscher Ebene Aufholbedarf, und wir müssen jetzt handeln. Dieses Sondervermögen ist ein erster Schritt in und für Schleswig-Holstein, um die Potenziale zu nutzen. Dabei müssen wir stets darauf achten, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. KI ist noch nicht in der Gesellschaft angekommen; vielen macht dies noch Angst.

Neben Science-Fiction-Apokalypse-Visionen denken viele natürlich in erster Linie an die Transformation des Arbeitsmarkts. Werden Jobs vernichtet, oder werden neue geschaffen? „Das kommt darauf an“, würden die Wirtschaftswissenschaftler wohl sagen. Aber darauf dürfen wir es eben nicht ankommen lassen. Wir müssen gucken, wie wir uns auch mit diesem Bereich wirtschaftlich neu aufstellen

(Lars Harms)

können und wie wir neue Arbeitsplätze schaffen können.

Wir sollten dieses Thema realistisch angehen und den technischen Fortschritt zu unserem Vorteil nutzen. Vor allem sollten wir uns auf die Dinge konzentrieren, die wir jetzt schon können, bei denen wir mit künstlicher Intelligenz noch besser werden können. Dann werden alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner davon profitieren. Wir sehen dieses Sondervermögen also sehr positiv.
- Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen? - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich der FDP-Abgeordnete Stephan Holowaty gemeldet.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen. Mit dem KI-Sondervermögen stellen wir als Land relativ viel - manche sagen zu wenig - Geld zur Verfügung, um im Bereich der Künstlichen Intelligenz und im Bereich der Anwendung von Künstlicher Intelligenz wichtige Forschung zu betreiben und wichtige Schwerpunkte zu setzen. Aber denken Sie bitte daran, dass wir mit diesem KI-Sondervermögen noch etwas anderes machen. Wir machen eine Tür auf, wir machen Werbung für Künstliche Intelligenz und für intelligente Anwendungen.

Das ist das Entscheidende, nämlich zwei Dinge zusammenzuführen. Zum einen ist dies, als Land Künstliche Intelligenz zu fördern, die Wissenschaft zu fördern und Initiativen zu fördern. Zum anderen bedeutet das, dass wir als Land in unseren Kommunen - dafür haben wir ja den Föderalismus - dazu animieren, intelligente und moderne Anwendungen einzuführen, jenseits des Onlinezugangsgesetzes, in dem nur klare Verwaltungsleistungen beschrieben sind.

Denken Sie einmal an einen Klassiker, eine Anwendung, die es übrigens in Hamburg schon gibt. Mit dieser können Bürger Fotos von zum Beispiel illegal abgeladenem Müll an eine Verwaltung senden.

(Beate Raudies [SPD]: Die gibt es schon in Pinneberg!)

- Wunderbar, umso besser, wenn es das in Pinneberg gibt. Das ist eine klassische Anwendung, die man, da haben Sie recht, immer wieder als Motiva-

tion voranstellen kann. Das Element der Künstlichen Intelligenz liegt darin, dass diese Bilder von einer Anwendung der Künstlichen Intelligenz analysiert werden. Damit kann man mit einer sehr hohen Trefferquote feststellen, um was für eine Art von Schadstoffen es sich handelt, um dann festzustellen, mit welcher Priorität und mit welchen Mitteln diese möglicherweise entsorgt werden. Das geht in die Richtung der Melanom-Diskussion, die wir hatten.

Das ist eine ganz wichtige Botschaft, die ich an dieser Stelle noch einmal unterstützen möchte. Lassen Sie uns auch nach außen gehen. Lassen Sie uns die Kommunen und die Zweckverbände im Land motivieren, solche Arten der modernen Anwendung einzusetzen und sie nicht nur zu erforschen. Ich glaube, dann kommen wir richtig weit. - Danke schön.

(Beifall FDP, Tobias Koch [CDU] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 19/1563 an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

HVV-Preiserhöhung ablehnen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1639

ÖPNV-Tarife kundenfreundlich gestalten

Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1663

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Lukas Kilian.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute beraten wir einen Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, erstmals gegen eine Preiserhöhung beim HVV zu stimmen. Man könnte sich nun fragen, was wir mit dem HVV zu

(Lukas Kilian)

tun haben, es ist schließlich der Hamburger Verkehrsverbund. Dem Namen nach geht es dort nur um Hamburger Angelegenheiten. Tatsächlich ist der HVV als Verkehrs- und Tarifverbund eine GmbH, deren Anteile Hamburg zu 85,5 % gehören. Der Rest verteilt sich auf Schleswig-Holstein, Niedersachsen und einige Hamburger Randkreise.

Gemäß dem Gesellschaftervertrag hat der HVV das Ziel, ein wirtschaftlich vertretbares, integriertes, ökologisch orientiertes ÖPNV-Leistungsangebot im Verbund zu erreichen.

Nun hat der HVV für das kommende Jahr eine Preiserhöhung von 2,2 % im Mittel vorgeschlagen - ein interessantes Signal in der jetzigen Zeit. Nach einem öffentlichen Sturm der Entrüstung entschied sich der Hamburger Bürgermeister Peter Tschentscher dazu, die Preiserhöhung ohne Rücksprache mit allen anderen Gesellschaftern auf 1,8 % im Mittel zu begrenzen. Die mediale Botschaft war: Seht her, ich schütze euch vor überzogenen Preiserhöhungen.

(Martin Habersaat [SPD]: Das können Sie besser, dachten Sie sich!)

- Das können wir tatsächlich besser, Herr Kollege Habersaat. Sie scheinen für Preiserhöhungen zu sein.

(Beifall CDU)

Leider haben wir von der CDU-Landtagsfraktion ganz genau hingeschaut. Auf Kosten von Schleswig-Holstein sollen die Fahrpreise in Hamburg tatsächlich nicht oder kaum erhöht werden. In Schleswig-Holstein aber gibt es Preiserhöhungen von bis zu 3 %. Das ist kein faires Miteinander, das ist ein Umgang mit unseren Pendlern im Hamburger Umland, der vollkommen aus der Zeit gefallen ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Heftig trifft es die Inhaber von Monatskarten des Gesamtbereichs. Logischerweise sind das keine Hamburger, sondern im Außenbereich Wohnende. Hier wurde der Abo-Preis in den letzten Jahren schon erheblich erhöht. Sollte die vorgeschlagene Erhöhung tatsächlich greifen, dann zahlen unsere Pendler im Hamburger Umland im Vergleich zu 2015 ab 2020 monatlich 14 € mehr für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Wer meint, in Zeiten von Klimademos und Fahrverboten den ÖPNV so erheblich verteuern zu können, steuert an der Realität vorbei.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Nun könnte man meinen und uns entgegenhalten, dass auch im schleswig-holsteinischen Nahverkehrsbund, NAH.SH, die Preise in diesem Jahr im Mittel um 1,97 % aufgrund von Kostensteigerungen erhöht wurden. Wer allerdings einen Nahverkehrsbund eines Flächenbundeslandes mit dem Nahverkehr einer Metropolregion vergleicht, vergleicht nicht Äpfel mit Birnen, sondern Ananas mit Zitronen. Wir haben eine grundlegend andere Verkehrsstruktur. Im HVV geht es insbesondere darum, schnell in die Hamburger Innenstadt zu gelangen. Eigentlich müsste es auch im Hamburger Interesse sein, dass die Bürger der Hamburger Umlandgemeinden ihre Autos stehen lassen und die Innenstadt nicht verstopfen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass der ADAC gerade im Juli dieses Jahres festgestellt hat, dass der HVV der teuerste Nahverkehrsverbund in ganz Deutschland ist. Das liegt unter anderem daran, dass es einen Strukturzuschlag zu Kostensteigerungen gab. Der Strukturzuschlag, der seit 2009 zusätzlich zu den jährlichen Kostensteigerungen an die HVV-Kunden weitergereicht wurde, hat den HVV immens verteuert. Die strukturellen Verbesserungen, mit denen der Strukturzuschlag begründet wurde, haben aber überraschenderweise fast nur auf Hamburger Gebiet stattgefunden. Wir zahlen also als Schleswig-Holsteiner Pendler Verbesserungen im Hamburger Innenstadtbereich, und gedankt wird uns das mit Preiserhöhungen. Wir halten es daher für richtig, in diesem Jahr die Preiserhöhung im HVV vollkommen auszusetzen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir müssen uns über eine zeitgemäße Tarifstruktur unterhalten und wieder zu einem Miteinander bei der Preisgestaltung kommen. Eigenmächtige Entscheidungen zulasten des Hamburger Umlands lehnen wir ab. Tarifentscheidungen dürfen nicht arrogant im Hamburger Rathaus gefällt werden. Deswegen fordern wir unsere Landesregierung auf, auch die Umlandkreise und Niedersachsen für eine Ablehnung zu gewinnen.

Nun könnte man denken: Wir haben nur 3 % der Anteile, was stört sich ein Hamburger Senat daran, wenn in Schleswig-Holstein irgendetwas debattiert wird? Offensichtlich ist im Hamburger Rathaus aber die vollkommene Panik ausgebrochen, denn die für den November vorgesehene Abstimmung über die Preiserhöhung wurde heute Morgen um 9:20 Uhr per E-Mail an alle Gesellschafter des

(Lukas Kilian)

HVV vorgezogen, per Umlaufbeschluss mit der Aufforderung, bis Freitag, den 13. September, abzustimmen und bitte zuzustimmen. Wer so etwas macht, respektiert demokratische Strukturen nicht. Das ist an Ignoranz nicht zu überbieten.

(Beifall CDU, FDP und SSW - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Die Hamburger wissen ganz genau, dass wir heute diesen Antrag hier diskutieren. Die Hamburger wissen auch ganz genau, dass in unserem Antrag steht: Wir wollen mit Niedersachsen reden, wir wollen mit den Hamburger Randkreisen reden. Die Hamburger wissen ganz genau, dass es in dem einen oder anderen Kreistag bis zum 13. September keine Verkehrsausschusssitzung mehr gibt, und die Hamburger ziehen per Umlaufbeschluss eine solche Preiserhöhung hinterrücks vor. Wenn die glauben, dass wir schleswig-holsteinischen Landeier auf solche hinterlistigen Tricks reinfallen, dann haben die sich aber geirrt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den Alternativantrag der SPD-Fraktion halte ich in vielen Teilen für richtig. Den sollten wir im Wirtschaftsausschuss besprechen. Wir können uns jetzt aber nicht hinstellen und sagen: Wir schauen mal, was mit der Preiserhöhung passiert, und wir reden weiter über den Nordtarif. Wir sollten tatsächlich über den Nordtarif reden. Auch die Hamburger Kollegen sollten dies tun. Auch im Hamburger Rathaus sollte sich die Hamburger Regierung einmal wieder bereiterklären, über den Nordtarif zu reden. Deswegen: Lassen Sie uns Ihren Antrag im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss besprechen. Wir sollten uns nicht in weitere Abhängigkeiten zum HVV begeben. Man sieht, was da passiert. Man sieht, wie eigenmächtig dort regiert wird. Das ist nicht in Ordnung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

(Martin Habersaat [SPD]: Dann schnappt sich jeder eine Forke, und wir rennen nach Hamburg! - Weitere Zurufe)

- Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel. Ich bitte Sie, zur Ruhe zu kommen.

Kai Vogel [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Wieder einmal ein Feuerwerk der Rhetorik!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Dennys Bornhöft [FDP]: Und jetzt kommen Sie! - Heiterkeit)

- Die Frage ist, ob derjenige, der am lautesten redet, recht hat oder derjenige, der sich besonnen mit einem Thema auseinandersetzt.

(Beifall SPD - Unruhe)

Die Rede von Herrn Kilian war ja nicht ungewöhnlich. Ich muss ehrlich sagen: Kehren Sie einmal vor der eigenen Tür! Das sind Zeilen, die aus einem Vierzeiler von Johann Wolfgang von Goethe stammen, der sich zum Verständnis von Bürgerpflicht geäußert hat. Bürgerpflicht heißt nach Goethes Verständnis, sich an die eigene Nase zu fassen, bevor ich mich bei anderen mit klugen Worten hervortue.

(Lukas Kilian [CDU]: Das ist unsere Nase! Das sind unsere Anteile!)

In einer ursprünglichen Initiative der Hamburger CDU gärt in der Hamburger Bürgerschaft der Streit, ob Tarifierhöhungen des HVV angebracht sind. Solche Themen laufen in der Sommerpause immer gut - das wissen wir -, und die hiesige CDU hat die Liebe zum Nachbarland entdeckt und ist auf dieses Thema aufgesprungen.

Erstaunlich ist für mich - Herr Kilian hat darauf verwiesen -, dass Schleswig-Holstein mit dem Schleswig-Holstein-Tarif eine Tarifierhöhung zum 1. August von durchschnittlich 1,97 % durchgesetzt hat. Keine einzige der regierenden Landtagsfraktionen hat sich zu dieser Tarifierhöhung kritisch geäußert -

(Beifall SPD)

und das, obwohl die Pünktlichkeitsraten der Züge in Schleswig-Holstein auf den meisten Strecken das Gegenteil von vorbildlich sind. Der Schleswig-Holstein-Tarif betrifft unser ganzes Bundesland bis auf einen Bereich, in dem der HVV-Tarif in die Hamburger Randkreise hineingreift. Es ist merkwürdig, wenn ich mich aufschwinde, ein anderes Bundesland beziehungsweise dessen Tarifverbund zu belehren, und im eigenen Bundesland eine deutlich höhere Tarifierhöhung einfach durchwinke.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Allerdings! Scheinheilig ist das!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Herr Abgeordneter Vogel, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Kai Vogel [SPD]:

Ja.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Kollege, Sie sprechen immer von einem Tarifverbund der Hamburger. Ist Ihnen bekannt, dass das unser Tarifverbund ist und eine Vielzahl der Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-Holsteins tagtäglich mit dem HVV nach Hamburg pendeln?

- Lieber Kollege Kilian, wie Sie wohne auch ich im Hamburger Randbereich. Ich nutze die Möglichkeiten des HVV vielfach und bin als Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags schon länger im Verkehrsbereich tätig.

(Zurufe)

- Er hat versucht, mich zu belehren, insofern kann ich kundtun, dass ich mich in dem Bereich durchaus schon einen Moment tummele. Natürlich weiß ich das. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass in Schleswig-Holstein eine durchschnittliche Tarifierhöhung von 1,97 % realisiert wurde. Einzelne Bereiche trifft es stärker, andere Bereiche weniger stark.

Die Tarifierhöhungen beim HVV, auf die Sie abzielen, kursierten Anfang August. Sie wissen - mir ist das seit Mitte dieser Woche bekannt -, dass andere Zahlen kursieren, wonach im innerstädtischen Bereich, in den Bereichen A und B, Tarifierhöhungen und in den Außenbereichen keine Tarifierhöhungen vollzogen werden sollen. Es gibt Bereiche, die es ein bisschen kräftiger trifft, und andere Bereiche, die es weniger kräftig trifft. Wenn ich von Pinneberg nach Hamburg fahren soll, war ursprünglich eine Tarifierhöhung von 3,30 € auf 3,40 € angedacht; die ist mittlerweile zurückgenommen worden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann haben wir ja Erfolg!)

- Kollege Arp, die Frage ist, ob Sie erfolgreich waren oder vielmehr die Proteste der Bürgerinnen und Bürger, die gesagt haben: Lieber Senat, schau bitte noch einmal, welche anderen Möglichkeiten es gibt und ob solche kräftigen Tarifierhöhungen wirklich nottun. - Ich glaube, es ist der Initiative des Hamburger Bürgermeisters zu verdanken, der darauf Wert gelegt hat, dass die Tarifierhöhungen nicht so massiv ausfallen.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gern.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Kollege Vogel, ich danke Ihnen für Ihren Hinweis auf die langjährige Mitgliedschaft in diesem Hause.

- Schön, dass Sie an Erkenntnis gewonnen haben.

- Mir scheint es trotzdem nötig zu sein, auch langjährige Mitglieder in diesem Hause auf aktuelle Vorlagen hinzuweisen. Die Preiserhöhungen, die ich genannt habe, sind die aktuellen Zahlen nach der angeblichen Reduzierung von Herrn Tschentscher.

Sie haben gesagt, wir hätten eine Preiserhöhung von 1,97 % im Nah.SH-Bereich; das habe ich auch in meiner Rede erwähnt. Sie gehen aber mit keinem Wort darauf ein, dass der HVV in den letzten Jahrzehnten durch einen Strukturzuschlag - nicht durch weitergereichte Kostensteigerungen, wie wir es in unserem Bundesland genauso machen -, der infrastrukturelle Verbesserungen in Hamburg gewährt hat, zum teuersten Nahverkehrsverbund in Deutschland geworden ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ablenkungsmanöver!)

Deswegen meine Frage an Sie: Was halten Sie davon, dass der teuerste Nahverkehrsverbund in Deutschland immer teurer werden soll und die schleswig-holsteinischen Pendler für Strukturverbesserungen in Hamburg belastet werden?

- Verfolgen Sie meine Rede, dann werden Sie hören, warum Tarifierhöhungen manchmal Sinn machen und man sie nicht von vornherein verteufeln sollte.

(Zurufe)

- Frau Präsidentin, ich mache weiter. - Den Vorsitz im Aufsichtsrat der Nah.SH hat bei uns übrigens immer der amtierende Verkehrsstaatssekretär, und die Tarifierhöhung ist einfach durchgewunken worden. Das heißt, die Regierung hat wohlwollend begleitet, dass eine Tarifierhöhung in Schleswig-Holstein realisiert wurde.

(Kai Vogel)

Hamburg hat im kommenden Jahr Bürgerschaftswahl, und die dortige CDU versucht mit aller Macht, Themen zu finden, mit denen sie punkten kann. Sich gegen eine Fahrkartentariferhöhung zu profilieren, ist ein typisches Wahlkampfthema, bei dem es immer Applaus von der breiten Masse gibt; der Kollege Kilian hat das eben versucht.

Dass sich die CDU-Landesverbände gegenseitig unterstützen, kann ich nachvollziehen. Ich finde es umso erstaunlicher, dass die schleswig-holsteinischen Grünen Wahlkampfhilfe für die Hamburger CDU leisten und sich gegen die eigenen Grünen stellen. Aus den Gesprächen, die ich erst letzte Woche wieder mit Grünen geführt habe, weiß ich, dass die Hamburger Grünen über dieses Vorgehen absolut verärgert sind. Aber das müssen Sie selbst miteinander ausmachen.

(Zurufe)

Für unsere Grünen muss ich konstatieren: Solidarität endet vor der eigenen Haustür.

(Lukas Kilian [CDU]: Erst das Land, dann die Partei, Herr Kollege! - Lachen SPD - Zurufe)

Auch wir finden Tariferhöhungen - -

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte Sie, ruhiger zu sein, damit Herr Vogel fortfahren kann.

Kai Vogel [SPD]:

Auch wir finden Tariferhöhungen nie gut, sind uns aber bewusst: Wenn wir Beschäftigte für ihre Arbeit angemessen entlohnen wollen, kann die Lohnerhöhung bei einem Verkehrsunternehmen wie dem HVV nur über eine Anpassung der Fahrkartenpreise realisiert werden. Die CDU fordert übrigens bessere und modernere Leistungen für den HVV, ist aber nicht bereit, dafür zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, wenn sie gegen Tariferhöhungen in Hamburg kämpft. Sollte die Tariferhöhung ausbleiben, muss nach der Rahmenvereinbarung der Länder mit dem HVV - auch ich kenne sie - der Ausgleich durch unseren Landeshaushalt beglichen werden.

Es ist schon schräg, wenn sich die Regierung gestern massiv weigert, mehr Geld für Lärmschutz in die Hand zu nehmen, um den Bund zu unterstützen, aber ohne Probleme den HVV zusätzlich querfinanzieren will. Ich bin gespannt, wie Sie das erklären wollen.

(Unruhe)

Wenn hier von unseren Regierungsfraktionen die geplanten Tarife für den HVV kritisiert werden, dann müssen wir auch unsere eigenen Fahrkartentarife kritisch hinterfragen. Während bundesweit eine kostenfreie Mitnahme für Erwachsene von Kindern im Alter von sechs bis 14 Jahren normal ist, muss man in Schleswig-Holstein immer noch dafür zahlen. Familienfreundlichkeit geht anders.

(Beifall SPD)

Wenn Sie zum Beispiel in Bargtheide in den Zug steigen und nach Lübeck fahren, zahlen Sie als Familie 31,40 € Fahren Sie nach Hamburg, zahlen Sie 10,40 € Da stimmt doch etwas nicht! Der Schleswig-Holstein-Tarif verlangt für diese Strecke 21 € mehr, als wenn ich nach Hamburg fahre. Wir erwarten, dass Sie sich darum einmal kümmern, statt hier Wahlkampf für Hamburg zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Bitte begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule Kiel.

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2018 nahm der Hamburger Verkehrsverbund über den Verkauf von Fahrkarten 861 Millionen € ein. Das deckt 74 % der Kosten. Den Rest tragen die Bundesländer und die Kreise. Jedes Jahr prüft der HVV die Kostensteigerung seiner Unternehmen, und es wird diskutiert, was zu tun ist: höhere ÖPNV-Preise oder mehr Haushaltszuschuss beziehungsweise wieviel wovon?

Wir wollen, dass Schleswig-Holstein gegen die geplante Preiserhöhung des HVV stimmt, weil erstens - das ist kein Geheimnis - der Hamburger Tarif ein Innenstadtтарif ist. Er ist gemacht worden, um auf Kurzstrecken viele Menschen gut zu transportieren. Das ist die einzige Ausrichtung des HVV.

(Lukas Kilian [CDU]: Ja!)

Meine Damen und Herren, einmal unter uns: Wären wir die Hamburger Bürgerschaft, machten auch wir eine Verkehrspolitik, mit der wir die größte Zahl an

(Dr. Andreas Tietze)

Menschen möglichst kostengünstig im Innenstadtbereich transportierten. Da wären wir strategisch nicht anders aufgestellt als die Hamburger Bürgerschaft. Demgegenüber ist es natürlich kontraproduktiv, dass wir in einem Bundesland leben, in dem wir einen Flächentarif haben. Das passt nicht zu dem Tarif in unserem Bundesland.

Zweitens - es ist schon gesagt worden -: Der HVV liegt bundesweit an der Preisspitze.

Drittens - das ist ein wichtiger Punkt -: Angesichts der Klimakrise und einer echten Verkehrskrise in Deutschland geht ein strategieloses Einfach-weiter-so nicht mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, da möchte ich einfach noch einmal ansetzen. Liebe SPD, Sie werfen uns an der Stelle vor, Parteiloyalität sei uns wichtiger als Landesinteresse.

(Lukas Kilian [CDU]: Ja! - Unruhe SPD)

Das ist schon komisch; das sollten Sie vielleicht Ihrer eigenen Partei gegenüber einmal kommunizieren.

(Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Einen kleinen Moment, Herr Stegner. - Bei der Beantwortung der Frage: „Was brauchen wir angesichts der Klimakrise für Verkehrsverbindungen?“, müssten wir doch Seite an Seite stehen, uns gemeinsam hinstellen und sagen: Wir brauchen ein neues Tarifsystem.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Übrigens, Herr Dr. Stegner - nur zu Ihrer Information -: In Berlin-Brandenburg hat man das gemacht - sehr erfolgreich übrigens.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich glaube, dass Ihre karikierende Bemerkung, wir seien der Meinung, Parteiloyalität sei wichtiger als das Landesinteresse, grober Unfug ist.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Der Kollege Vogel hat Ihnen zu Recht vorgehalten: Sich hier auf der einen Seite hinzustellen und Volksreden gegen den bösen Hamburger Senat zu halten und selbst bei NAH.SH höhere Erhöhungen vorzunehmen, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Darum geht es, Herr Kollege.

(Lukas Kilian [CDU]: Inhaltlich falsch!)

- Lieber Herr Kollege Stegner, es ist immer so - es war schon gestern in der Debatte so -: Sie stehen auf, weil Sie irgendwie wittern, dass man etwas gegen Parteien sagt, aber Sie sollten sich wirklich einmal mit der fachlichen Frage auseinandersetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Ich will die Retourkutsche von gestern zur intellektuellen Komplexität nicht wiederholen, die Sie hier angebracht haben, aber eines will ich Ihnen sagen: Die Auswirkungen der Preiserhöhungen des HVV betragen im Hamburger Rand ein Vielfaches. Sie zahlen, wenn Hamburg den Preis um 1,9 % erhöht, insgesamt eine sechs- bis siebenfache Erhöhung. Das tragen die schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger in den Landkreisen, und das ist nicht gerecht. Beim Thema Gerechtigkeit sind Sie ja der Erste, der Fragen stellt,

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

denn das müssen dann alle Bürgerinnen und Bürger - auch die mit niedrigem Einkommen - bezahlen. Nein, Herr Stegner: Lassen Sie uns mit diesem wahllosen Auf und Ab aufhören und endlich gemeinsam eine vernünftige Tarifreform in den nördlichen Bundesländern angehen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Ein Weiter-so sollten wir nicht anstreben.

Meine Damen und Herren, seit Jahren kämpfen wir Grünen für einen einfachen, günstigen Nordtarif. Wir alle wissen - Herr Wewers sitzt ja dort oben -, wie schwer es ist, im Verbund mit den Tarifpartnern

(Dr. Andreas Tietze)

zu verhandeln. Es liegt aber auch daran - das habe ich gestern schon über das Semesterticket gesagt; das ist eine Erfahrung, die Sie hier machen -: Sie müssen unendliche Runden drehen und unendliche Gremiensitzungen abhalten; Sie müssen das alles dreifach, vierfach, fünffach besprechen, und wenn dann einer sagt: „Ich bin nicht einverstanden“, ist Ihr ganzer schöner Kompromiss dahin. Das müssen wir wirklich ändern.

Wir, die wir in der politischen Verantwortung stehen, müssen uns die Gestaltungsmacht über die Tarifpolitik zurückholen. Das müssen wir mit Augenmaß machen und dazu intelligente Mittel nutzen. Die Verträge, die wir jetzt machen - von Nettoverträgen auf Bruttoverträge umzustellen -, entsprechen zum Beispiel dem Modell in Berlin-Brandenburg. Die haben einen modernen Wabentarif eingeführt, der sehr gerecht ist. Das sind Themen, die wir mit Hamburg wirklich besprechen sollten. Denn wie soll Hamburg als wachsende Stadt die vielen Menschen aufnehmen? Es gibt keine Wohnungen; Hamburg braucht das Umland. Wir brauchen Hamburg aber auch für unsere Wirtschaftskraft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Da gibt es kein Gegeneinander und kein gegenseitiges Auspielen, sondern wir müssen in der Metropolregion gemeinsam einen modernen Metropoltarif gestalten. Das ist die Aufgabe der Tarifpolitik im 21. Jahrhundert. Das ist die Aufgabe für einen guten ÖPNV/SPNV. An dieser Stelle ist das Klein-Klein, das Sie dargestellt haben, Herr Kollege Vogel, wirklich etwas rückwärtsgewandt.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vogel?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne. - Bitte schön, Herr Kollege.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich bin immer verwundert, wenn Sie darlegen, dass das Hamburger Umland mit dem HVV-Tarif so schlecht gestellt sei. Wenn ich die Strecken vergleiche, stelle ich fest, dass ich zum Beispiel für die Fahrt von Preetz nach Kiel mit dem NAH.SH-Tarif 4,90 € zahle. Von Pinneberg nach Hamburg zahle ich für eine fast gleiche Strecke 3,30 €- und nach der Tarifierhöhung weiterhin 3,30 €. Finden Sie das in dem Moment - -

(Lukas Kilian [CDU]: Lesen Sie einmal die Vorlagen!)

- Gut, es mögen jetzt 3,40 € sein, aber in der letzten Debatte waren es 3,30 €, Herr Kilian.

Ob es dort 3,30 € oder 3,40 € sind oder 4,90 € hier - warum sind die Pendlerinnen und Pendler, die auf die Bahnverbindung zwischen Preetz und Kiel tagtäglich in hohem Maße angewiesen sind, Ihnen am Ende weniger wert als dieser Einsatz gegen die Tarifierhöhung beim HVV? Das kann ich nicht nachvollziehen.

- Herr Kollege Vogel, es gibt Beispiele - die Sie herausgreifen -, da ist es beim HVV-Tarif besser. Ich kann Ihnen auch Beispiele nennen - wenn sie Querverbindungen haben -, bei denen es für Schleswig-Holstein schlechter ist. Am Ende stellen Sie fest - -

(Zurufe SPD)

- Ja, wenn Sie beispielsweise von Segeberg quer nach - -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nehmen Sie doch nicht Segeberg, sondern Lübeck!)

- Dann eben Lübeck: Für die Lübecker ist es günstiger, über Hamburg zu fahren; fahren sie direkt über schleswig-holsteinische Verbindungen, kostet es mehr Geld. Das ist doch die Ungerechtigkeit im System! Alles ist auf Hamburg zugeschnitten, und das kritisieren wir.

Meine Damen und Herren, jetzt will ich noch auf den Kollegen Baasch in Ihrer Fraktion eingehen, der hier immer so reinbrüllt.

(Unruhe)

Lieber Herr Kollege Baasch, wollen Sie als stolzer Lübecker, dass Ihre Tarifpolitik künftig in Hamburg gemacht wird?

(Lukas Kilian [CDU] und Tim Brockmann [CDU]: Ja!)

Dann sagen Sie es doch einmal. Sagen Sie das Ihren Lübeckern!

(Zurufe SPD)

Wenn Lübeck in den Verkehrsverbund hineingeht, kostet das 6,5 Millionen € für nichts und wieder nichts. Sie zahlen 6,5 Millionen € dafür, dass Lübeck im Verkehrsverbund ist, haben aber keinen einzigen zusätzlichen Bus. Sie haben keine Qualität mehr und werden von Hamburg fremdbestimmt. Eine schöne Politik für Lübeck! Das erklären Sie mal der Lübecker Bürgerschaft - viel Spaß dabei.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall CDU und FDP)

Ich bin kein Lübecker, ich bin Nordfrieße, aber es wundert mich an der Stelle schon, dass Sie Lübeck den Hamburgern so kampflos auf dem Silbertablett präsentieren.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Herdejürgen?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte schön.

Birgit Herdejürgen [SPD]: Herr Kollege Tietze, darf ich fragen, warum Sie die Steinburger ohne Weiteres dem Hamburger Diktat unterwerfen wollen?

(Zuruf: Genau!)

Liebe Frau Herdejürgen, Sie wissen, dass das nicht mein Programm war und ich das an der Stelle für schwierig gehalten habe.

(Unruhe SPD)

Diese Debatte wird im Kreis Steinburg sehr emotional geführt. Das ist das beste Beispiel. Es dauert übrigens; da geht nichts schnell. Es sind umfassende Vertragsverhandlungen, die wir führen müssen. Das ist die böse Büchse der Pandora: Wir öffnen sie hier, wir öffnen sie da. Warten Sie einmal, bis die ersten Nordfriesen sagen: „Sylt gehört auch zu Hamburg - bitte den HVV-Tarif bis Sylt ausweiten“! Das ist doch Unsinn. Deshalb müssen wir ganz dringend eine neue Tarifpolitik angehen. Das wird Hamburg, den Menschen im Hamburger Rand und ganz Schleswig-Holstein nutzen.

(Beifall FDP - Christopher Vogt [FDP]: Die meisten Hamburger denken immer, dass Sylt zu Hamburg gehört!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Herdejürgen?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte schön.

Birgit Herdejürgen [SPD]: Nein, das ist keine Zwischenfrage, eher eine Bemerkung. - Ich bin dankbar, dass Sie meine Argumente

in diesem Zusammenhang aufgegriffen und damit ganz klar deutlich gemacht haben, dass die Argumente, die die Kollegen Arp und Rickers im Wahlkampf gebracht haben, völlig verkehrt sind.

(Lachen CDU)

- Ob es völlig verkehrt war oder nicht: Sie haben es erfolgreich in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt, und an den halte ich mich. Das ist jetzt Fakt. Darüber müssen wir nicht mehr streiten, liebe Frau Herdejürgen.

(Beifall CDU und FDP)

Ich hätte gerne andere Dinge für den Koalitionsvertrag ausgehandelt; Frau Heinold weiß das. Das ist leider immer so, wenn Sie Koalitionen schließen. Da geht das eine; da geht das andere. Im Großen und Ganzen haben wir ganz gut verhandelt.

(Zurufe FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen - jetzt sehr ernsthaft -: Beim Thema Tarife kommt es auf die Fragen an, ob sie ökologisch und sozialverträglich sind und eine Vision für einen modernen Tarif enthalten ist, der die Menschen in den SPNV/ÖPNV bringt.

Das beste Beispiel ist die Fahrradmitnahme: Das ist eine der teuersten Angelegenheiten, die wir momentan haben. Ich wünsche mir, dass die Fahrradmitnahme künftig in allen Bahnen kostenlos sein wird, wir bei der nächsten Ausschreibung gemeinsam mehr über die Verbundenheit der Mobilitätssysteme nachdenken und es nicht nur um die Frage geht: Hamburg oder Schleswig-Holstein.

Es geht um die Zukunft unseres Landes. Wir haben für diesen Planeten keinen Plan B. Es geht um viel mehr als darum, sich in dieser Frage zu zerstreiten. Lassen Sie uns gemeinsam für ein vernünftiges Tarifsysteem streiten! - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Mobilität ist ein Ausdruck persönlicher Freiheit und ein

(Kay Richert)

Grundbedürfnis in unserer modernen Gesellschaft. Im Gegensatz zu früheren Zeiten arbeiten die Menschen nicht mehr unbedingt dort, wo sie wohnen oder wohnen dort, wo sie arbeiten, sondern sie pendeln oft über beträchtliche Entfernungen.

Ich habe es an anderer Stelle schon einmal gesagt: Es ist eines der zentralen Anliegen unserer Jamaika-Koalition, den Menschen die Mobilität zu ermöglichen, diese Fahrten zu Freunden, zu Verwandten, zum Shoppen oder wohin auch immer so angenehm, so sicher und so attraktiv wie möglich zu machen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf die Umwelt so gering wie möglich zu halten. Diese beiden Dinge in Einklang zu bringen, ist eines unserer zentralen Anliegen.

(Beifall FDP und CDU)

Deshalb ist die Bahn für uns von der FDP eines der wichtigsten Verkehrsmittel, auch das habe ich schon einmal gesagt. Je voller die Straßen werden, desto attraktiver wird natürlich die Bahn, weil die Menschen nicht gern im Stau stehen, sondern schnell ankommen wollen. Wir tun viel dafür, die Bahn attraktiver zu machen: Wir kümmern uns um die Erhöhung von Kapazitäten, wir klemmen uns dahinter, die Bahn pünktlicher und zuverlässiger zu machen. Wir prüfen auch ständig, ob wir das Angebot noch besser machen können, und wir kooperieren, wo es sinnvoll ist. Im Hamburger Umland kooperieren wir mit dem Hamburger Verkehrsverbund HVV.

Das hat durchaus seine Vorteile: Wir erreichen eine Durchtaktung der Verkehrsströme bis in die City hinein, häufig ohne Umstiege. Das ist attraktiv, und das sorgt auch dafür, dass viele Menschen den HVV nutzen. Aber die Medaille hat auch eine andere Seite: Beim HVV bestimmen nämlich nicht wir, sondern die Stadt Hamburg. Sie behandelt uns nicht unbedingt durchgängig auf Augenhöhe. Die Wünsche und Bedürfnisse der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner stehen oftmals hinten an. Das wird der Sache nicht gerecht, denn wir zahlen viel Geld, um beim HVV dabei zu sein.

Aktuell sollen die Preise im HVV erhöht werden. Damit wir uns nicht missverstehen: Preiserhöhungen sind nicht generell des Teufels. Wer einen attraktiven Schienenverkehr haben will, muss dafür auch angemessen bezahlen und das tun wir hier auch, das haben Sie ja mehrfach angemerkt. Die Frage ist nur: Wie kommen die Preiserhöhungen zustande, wer profitiert, und wer wird nur belastet?

Das Tarifgebiet des HVV - das werden Sie aus dem Hamburger Umland besser kennen als ich von der

deutsch-dänischen Grenze - ist in fünf Ringe unterteilt, A bis E. A und B decken im Wesentlichen den Hamburger Stadtbereich ab. Warum werden die Preise in den Ringen jetzt unterschiedlich erhöht, nämlich in den inneren Ringen wenig und in den äußeren Ringen viel? Ist das Augenhöhe?

Alle Nutzerinnen und Nutzer des HVV haben bislang eine sogenannte Strukturabgabe gezahlt. Damit sollte das Angebot verbessert werden. Die Programme dazu wurden Angebotsoffensive I und II genannt. Da finde ich es schon irritierend zu sehen, dass es nur im Hamburger Stadtgebiet Taktgarantien gibt.

(Lukas Kilian [CDU]: Hört, hört! - Beifall FDP und CDU - Zurufe Beate Raudies [SPD] und Lukas Kilian [CDU])

Die einzige Destination in Schleswig-Holstein, die eine Verbesserung durch die Angebotsoffensive erfahren soll, ist Wedel. Nun ist Wedel eine Station am Ende dieser Bahnstrecke - -

(Beate Raudies [SPD]: Aber es liegt in Schleswig-Holstein!)

- Das liegt in Schleswig-Holstein. Ich habe mich einmal gefragt: Warum wird Wedel denn jetzt besonders bedacht? - Vielleicht liegt es ja am schlechten Gewissen, das die Hamburger haben, weil wir dort noch ein schmutziges Kraftwerk für sie betreiben müssen, und sie versuchen, uns irgendwie zu besänftigen.

(Beate Raudies [SPD]: Warum ist das schmutzig? - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ist es nicht schmutzig? - Unruhe)

Aber eine einzige Station macht hier noch keinen Sommer, und das ist nun nicht das Angebot, das wir erwarten sollten.

Seit Jahren gibt es auch Schwierigkeiten mit dem S-Bahn-Verkehr. Der Hamburger Verkehrssenator lädt deswegen zu einem S-Bahn-Gipfel ein, laut Presse geht es dabei besonders um die Linien S 2, S 3 und S 21. Die S 2 geht von Altona bis Bergedorf, okay. Die S 3 aber geht von Pinneberg bis Stade und die S 21 von der Elbgaustraße bis nach Aumühle. Schleswig-Holstein ist also in beiden Fällen betroffen, und da frage ich mich: Sitzen denn bei diesem S-Bahn-Gipfel Schleswig-Holsteiner mit am Tisch? Werden die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner vertreten? Ich sage ja gar nicht, dass bei jeder S-Bahn-Lappalie die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beteiligt sein müssen, aber hier geht es ja nicht um Lappalien, hier geht es um

(Kay Richert)

ganz große Probleme bei der S-Bahn. Die betreffen auch viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, und da müssen wir mit am Tisch sitzen.

(Lukas Kilian [CDU]: Ja!)

Unser oberstes Ziel ist es, den Menschen in diesem Land die bestmögliche Mobilität zu verschaffen. Das hat oberste Priorität für uns, und dazu werden wir auch das Geld, das die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner uns anvertrauen, so nutzbringend wie möglich verwenden.

Wir sind nicht generell gegen erforderliche Preiserhöhungen. Aber wir wollen auf Augenhöhe beteiligt werden, wenn die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger betroffen sind. Deshalb wollen wir die Landesregierung bitten, hier nicht zuzustimmen und so ein Zeichen zu setzen.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Sehr geehrte Damen und Herren, Mobilität ist persönliche Freiheit. Wir sind entschlossen, den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner eine attraktive und sichere Mobilität zu ermöglichen. Dazu werden wir jeden gangbaren Weg prüfen. Dabei werden wir auch gern mit anderen kooperieren. Aber wir werden darauf achten, dass das Geld der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nutzbringend eingesetzt wird, und wir werden auch darauf achten, dass wir auf Augenhöhe beteiligt werden. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Vorsitzende, Jörg Nobis, das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Pendler! Gerade für die Kreise im Hamburger Umland sind der öffentliche Personennahverkehr und die schienengebundene Anbindung an das Hamburger Stadtgebiet von großer Bedeutung. Viele Pinneberger, Segeberger, Stormarner und Lauenburger pendeln täglich nach Hamburg. Viele andere fahren regelmäßig in die Hansestadt. Bei der Wahl des Verkehrsmittels kommt es den vielen Pendlern dabei auf das Gesamtpaket an.

Die Attraktivität des ÖPNV hängt von vielen Faktoren ab: von der Erreichbarkeit, den Verbindungen, den Taktungen und zuletzt natürlich auch vom Preis. Bei der Preisfindung müssen wir berücksich-

tigen, dass der ÖPNV ein Zuschussgeschäft ist, das heißt: Ohne Zuschüsse aus öffentlichen Haushalten müssten die Preise deutlich steigen. Die Defizite auf dem Schleswig-Holsteiner Tarifgebiet werden vom Land, mithin von uns allen, getragen, also auch von denen, die diese Angebote gar nicht in Anspruch nehmen, weil sie beispielsweise gar nicht im Hamburger Umland wohnen oder nicht nach Hamburg pendeln. Es gilt also, den goldenen Mittelweg zu finden und einerseits den ÖPNV preislich attraktiv zu halten, andererseits gewissenhaft und sparsam mit den Steuergeldern umzugehen.

Wir sind der Auffassung, dass dies in der Vergangenheit regelmäßig gut funktioniert hat. Der aktuelle Vorstoß des von Hamburg dominierten HVV geht aber in eine falsche Richtung. Das haben meine Vorredner bereits ausgeführt. Anstelle einer moderaten Erhöhung im Gesamtarifgebiet werden die Tarife im Stadtgebiet weitgehend geschont. Die Tarife im Umland steigen umso mehr - und das auch noch entgegen den ursprünglichen Ankündigungen. Mitte Juli dieses Jahres hatte der HVV ursprünglich eine Preiserhöhung von 2,2 % angekündigt. Das wäre die höchste Preiserhöhung seit fünf Jahren gewesen, und das ausgerechnet in einer Zeit von Dauerbaustellen mit Dauerstaus rund um Hamburg.

Dann hat der SPD-Bürgermeister verkündet: Mehr als 1,8 % wird es nicht geben. Am Ende steht die durchschnittliche Erhöhung um 1,3 %, aber eben bei deutlich überdurchschnittlicher Belastung der Kunden im Hamburger Umland. Eine Erhöhung von 1,3 % wäre angemessen und würde den von mir angesprochenen Ausgleich zwischen Pendlerinteressen und den Interessen der allgemeinen Steuerzahler gewährleisten.

Wir begrüßen daher den Vorstoß der Regierungskoalition und halten ihn als Signal an Rot-Grün in Hamburg für in der Sache abstimmungsfähig. Gleichzeitig gehört zur Wahrheit, dass eine bessere Abstimmung zwischen den Tarifen des HVV und NAH.SH hergestellt werden muss.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Eine viel bessere!)

Der von der SPD vorgelegte Antrag versucht sich an dem Thema, geht es aber etwas holzschnittartig an. Als Diskussionsgrundlage im Ausschuss ist er geeignet, heute zustimmungsfähig ist er aber leider nicht. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Vorsitzende, Lars Harms, das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ist wieder einmal soweit: Ein Verkehrsverbund - in diesem Fall der HVV - plant eine weitere Preiserhöhung. Die Kosten seien gestiegen, und die neue Angebotsoffensive sei schließlich ihr Geld wert. Nachdem das Preisgefeilsche zuletzt für viel Verwirrung in den Medien gesorgt hat, erfahren wir nun, dass die kalkulierte Preiserhöhung großzügigerweise sogar noch unter der eigentlich vorgesehenen Indexberechnung liege.

Schauen wir uns das Ganze einmal näher an: Kurzstrecken- und Nahbereichstickets sowie Kindertickets sollen insgesamt nicht teurer werden. Auch Monatskarten für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende sowie Studierende sind nicht betroffen. Senioren könnten von den geplanten Neuregelungen sogar profitieren. Dies könnte man auf den ersten Blick positiv sehen, wenn die Tickets für den Nahverkehr im HVV nicht eh schon sehr teuer für den Einzelnen wären.

Insgesamt ist diese Ankündigung eine Katastrophe für die Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere Pendlerkunden aus Schleswig-Holstein haben das Problem zu tragen. Dass der HVV hier auf Unverständnis und Missbilligung stößt, ist deswegen keine Überraschung.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Wir vom SSW unterstützen daher den vorliegenden Antrag auf Ablehnung der HVV-Preiserhöhung. Es ist doch so: Wenn wir es ernst meinen mit der angestrebten Mobilitätswende, wenn wir die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs attraktiver gestalten wollen, wenn wir insgesamt eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene erreichen wollen, dann müssen wir diese Herausforderung nicht zuletzt über den Preis für den Einzelnen angehen. Es ist keine überraschende Erkenntnis, dass wir diese Ziele mit ständigen Preiserhöhungen nicht erreichen werden.

(Beifall CDU und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Übrigen weisen uns die Regierungsparteien Hamburgs, beispielsweise in einem Artikel auf „NahverkehrHAMBURG“, darauf hin, dass auch unser landeseigener Nahverkehrstarif gerade erst vor einigen Wochen erhöht wurde. Diese Feststel-

lung ist richtig; auch wir finden das nicht prickelnd. Wir würden gern auf beide Preiserhöhungen verzichten.

Natürlich müssen die Verkehrsverbände ihre steigenden Kosten gegenfinanzieren können. Schließlich geht es dabei nicht zuletzt um faire Gehälter für die Beschäftigten, die Verbesserung des Leistungsangebots für die Fahrgäste sowie den Ausbau des Gesamtinfrastrukturnetzes. Gleichzeitig steigt aber Jahr für Jahr die Nachfrage. Es kann nicht sein, dass Jahr für Jahr insbesondere Pendlerinnen und Pendler für den Weg von der und zur Arbeitsstätte tiefer in die Taschen greifen müssen. Belohnung statt Bestrafung wäre hier eigentlich angebracht.

Mit dieser alljährlich zuverlässig aufflammenden Grundsatzdebatte kommen wir an dieser Stelle nicht weiter. Die verkehrs- und umweltpolitische Entwicklung wird ausgebremst. Der ÖPNV wird geschmäht statt gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger steigen verstärkt oder erneut auf das eigene Auto um, was wir gerade in Ballungsräumen unbedingt verhindern wollen. Dies ist auch nicht im Interesse Hamburgs. Es ist schon gar kein Lösungsbaustein für die angestrebte Mobilitätswende, die noch weitaus größere gesamtgesellschaftliche Anstrengungen und innovative Lösungsansätze erfordert. Wenn man sich reinzieht, wie die Verkehrssituation in Hamburg ist, weiß man, dass die Stadt mit Autos verstopft ist. Daher müssten die Hamburger eigentlich völlig anders denken, das heißt, sie müssten so ticken wie wir.

Wir sollten uns daher auf bürgerfreundliche, umweltbewusste und faire Bezahlmodelle verständigen, womöglich auf gänzlich neue Modelle. Kann man nicht beispielsweise noch einmal über eine Art Nordticket diskutieren? Dem vorliegenden Alternativantrag der SPD könnten wir daher heute schon zustimmen. Aber wir sind natürlich auch gern bereit, ihn in den Ausschuss zu überweisen. Einheitliche Strukturen im ÖPNV würden das Alltagsleben vieler Menschen deutlich einfacher machen.

Zum jetzigen Zeitpunkt wäre den Fahrgästen wohl zumindest mit einer gewissen Preisstabilität geholfen. Die geplante Preiserhöhung im HVV ist daher, wie gesagt, abzuwenden. Hamburg ist wohl nicht bereit, sich in dieser Sache noch einmal mit Schleswig-Holstein und den weiteren HVV-Anteilseignern abzustimmen. Das ist schon ziemlich traurig. Wenn man gemeinsam einen Verkehrsverbund trägt, gehört es sich eigentlich, dass man sich, wenn es Probleme gibt, gemütlich zusammensetzt und darüber redet.

(Lars Harms)

(Beifall CDU, FDP und Dr. Andreas Tietze
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt den Beschluss vorzuziehen, damit niemand mehr kritisch diskutieren und niemand mehr Inhalte austauschen kann, ist wirklich der falsche Weg.

(Lukas Kilian [CDU]: Das ist ignorant!)

Man erinnert sich an alte Vorurteile, von denen man dachte, dass man sie schon abgebaut hätte; aber jetzt merkt man wieder, dass die Hamburger manchmal vielleicht doch nicht ganz so freundlich gegenüber ihrer Umwelt sind. Peer Steinbrück hätte an dieser Stelle wahrscheinlich gesagt: Da müssen wir mit der Kavallerie einmarschieren!

(Heiterkeit SSW, CDU und FDP)

Wenn wir das tun sollten, dann würde ich empfehlen, dass wir den Kollegen Kilian als Anführer der Kavallerie installieren. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute wieder einmal ein gutes Beispiel für jamaikanische Dialektik kennengelernt. Auf der einen Seite hält der Ministerpräsident Reden, in denen er von den Werten guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit spricht und deren Ausbau anregt. Kollege Tietze möchte Brücken zum großen Nachbarn bauen und dergleichen mehr. Kollege Kilian aber appelliert mehr an die „Landeier“ - das ist übrigens eine Zuschreibung, die ich mir nicht zu eigen mache - und ruft nahezu „An die Forken!“, um die böse Kolonialmacht zurückzuschlagen. Vor der Wahl gab es für die CDU nichts Dringenderes, als den Kreis Steinburg unbedingt in den HVV zu bekommen. Nach der Wahl unterliegen wir dem furchtbaren HVV-Diktat, und auf keinen Fall sollten wir darüber nachdenken, die Hansestadt Lübeck in den HVV zu kriegen. Dabei gäbe es durchaus dringendere und wichtigere Themen, was die Tarifgestaltung angeht. Zu diesen komme ich aber gleich.

(Vereinzelter Beifall SPD - Lukas Kilian [CDU]: Lauwarmer Applaus!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Kilian?

Martin Habersaat [SPD]:

Ja.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Kollege, ich habe folgende Frage an Sie: Finden Sie das Vorgehen des HVV angebracht, heute um 9:20 Uhr per E-Mail anzukündigen, dass die Abstimmung über die Preiserhöhung um eine Woche, auf Freitag, den 13., vorgezogen wird? Es wird doch heute in diesem Hohen Hause über den Antrag diskutiert, dass man möglicherweise andere Hamburg-Randkreise und ein weiteres Bundesland zu einer Ablehnung bewegen möchte. Halten Sie das für redliches Verhalten?

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Herr Kollege Kilian, ich möchte darauf so antworten: Erstens. Ich bewundere Ihr Selbstvertrauen, dass Sie finden, nur wegen Ihres Antrags sei heute um 9:20 Uhr diese Mail verschickt worden.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Zweitens. Sie haben sicherlich - wie ich - die Senatsdrucksache schon zur Kenntnis genommen. In dieser heißt es interessanterweise, dass dies, insbesondere was die Tarifierhöhung für die drei Ringe angeht, in Abstimmung mit Schleswig-Holstein erfolgt sei. Ich bin gespannt, was ich zu dem Thema „Abstimmung mit Schleswig-Holstein“ gleich hören werde und wie diese Aussage in die Senatsdrucksache kommen konnte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Buchholz muss uns das erklären!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Kilian?

Martin Habersaat [SPD]:

Bitte.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Kollege Habersaat, Sie saßen ja lange Zeit gemeinsam mit mir im Stormarner Kreistag. Ist Ihnen bekannt, wer Vertreter des Landkreises Stormarn im Aufsichtsrat ist? Ist Ihnen ferner bekannt, wie oft im Kreisverkehrsausschuss

(Martin Habersaat)

über Preiserhöhungen diskutiert wurde? Und glauben Sie, dass die Diskussion über diese Preiserhöhung im Stormarner Kreisverkehrsausschuss schon erfolgen konnte oder dass sie jetzt abgewürgt werden soll?

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Haben Sie das alles nicht mitbekommen?)

- Bis vor wenigen Monaten war Kreisbaudirektor Kucinski für den Kreis Stormarn Mitglied im HVV-Aufsichtsrat. Seit er in den wohlverdienten Ruhestand gewechselt ist, sitzt Landrat Henning Görtz im Aufsichtsrat. Das beantwortet aber nicht meine Frage nach der Beteiligung des Landes Schleswig-Holstein an den Absprachen.

(Beifall SPD)

Es gibt ja durchaus wichtige Themen, wenn es um die Tarife geht. Herr Kollege Vogel hat eines angesprochen: Die Familienermäßigung bei NAH.SH ist im Vergleich zum HVV beschämend. Lassen Sie uns uns doch darum kümmern!

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Wenn es um den Tarif für die drei Ringe geht, dann steht in der Senatsdrucksache etwas von „Abstimmung“. Im „Hamburger Abendblatt“ war zu lesen, dass auf Druck von Schleswig-Holstein bei den drei Ringen erhöht werden musste. Ich bin gespannt, heute dazu eine Klarstellung zu hören. Zumindest habe ich keine Gegendarstellung im „Abendblatt“ gelesen; ich habe in den letzten Tagen extra aufmerksam geguckt.

(Klaus Schlie [CDU]: Donnerwetter! Fleißiger Abgeordneter!)

Wir haben - drittens - zu vergegenwärtigen, dass in Hamburg relativ engagiert ein Hamburg-Takt angegangen wird. Innerhalb von fünf Minuten soll man von jeder Stelle Hamburgs an ein ÖPNV-Angebot kommen. Das ist gar nicht so schlecht.

(Lukas Kilian [CDU]: Das zahlen wir mit!)

Niemand hier wird bestreiten, dass es nach wie vor das Territorialprinzip gibt. Nur weil wir im HVV sind und es „Hamburger Verkehrsverbund“ heißt, bedeutet das nicht, dass Hamburg überall, wo „HVV“ draufsteht, für die bessere Taktung zuständig wäre. Deshalb will ich daran erinnern, dass wir den Antrag gestellt haben, beispielsweise bei den S-Bahnen auf Schleswig-Holsteiner Gebiet mitzuziehen, um auch eine verbesserte Taktung hinzubekommen.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben Sie von der CDU abgelehnt!)

Sie haben reagiert, wie man das als Regierung tut - und haben das zunächst einmal auf die lange Bank geschoben. Ich warte gespannt auf das Gutachten. 250.000 € für ein Gutachten sind ja eine stolze Summe. Da muss ja Wunder was drinstehen! Wenn ich nicht irre, haben Sie beschlossen, dass es im November vorgelegt werden soll. Also ist es gar nicht mehr so lange hin, bis wir Ergebnisse haben und auch einmal über Qualitätsverbesserungen sprechen können, für die wir zuständig sind und für deren Ausbleiben wir nicht die Hamburger verantwortlich machen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich den Antrag der Koalitionsfraktionen, einmalig der Tariferhöhung, wie sie jetzt vorgenommen werden soll, für das Land Schleswig-Holstein und die Umlandkreise nicht zuzustimmen, als Signal empfinde, um zu zeigen, dass es auf diese Weise nicht weitergehen kann.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das unterstütze ich, auch wenn uns allen klar sein muss, dass es uns mit unserem Gesellschaftsanteil und mit denen, die wir aus Niedersachsen und allen Landkreisen zusammenbringen können - 15 % in der entsprechenden Versammlung -, sicherlich nicht gelingen wird, eine andere Entscheidung herbeizuführen.

(Zurufe Beate Raudies [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber, meine Damen und Herren - jetzt bitte mal zuhören, Herr Stegner; es hilft manchmal tatsächlich; da bin ich übrigens ganz bei dem Kollegen, der vorhin gesprochen hat -, es hilft ganz massiv, wenn man sich einmal mit den Inhalten und den Fakten

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

auseinandersetzt; denn das erleichtert an manchen Stellen die Diskussion.

Meine Damen und Herren, 230.000 Tickets verkaufen wir werktäglich im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs in Schleswig-Holstein. 140.000 davon sind HVV-Tickets. Über die Tarif- und Preisstruktur wird nicht in diesem Haus entschieden, sondern in der Hamburger Bürgerschaft.

Wenn man im Vorfeld, zumindest in Abstimmungen, eine aufeinander abgestimmte Gleichförmigkeit erzeugt, die dazu führt, dass man zu Preiserhöhungen auf Hamburger Stadtgebiet kommt, um auch im Umland Preiserhöhungen vorzunehmen, die dazu passen, dann darf man erwarten, dass sich auch ein Hamburger Bürgermeister an diese Abstimmungen hält.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn er das nicht tut, sondern im Bürgerschaftswahlkampf meint, dass man über zwei Stufen gehen muss - erst wollte er sich am Inflationsausgleich orientieren; dann ist ihm eingefallen, dass ja bei Rentenerhöhungen und anderen Erhöhungen nur 1,3 % herauskommen, welche wohl die richtige Angemessenheit sei -, dann, meine Damen und Herren, tut er in der Tat etwas, das nicht nur Ihnen und uns nicht gefallen wird, sondern das in Wahrheit auch dem Verkehrsstaatsrat in Hamburg nicht gefallen hat und im Übrigen auch nicht dem Verkehrssenator in Hamburg. Er verlässt nämlich damit die abgestimmte Gemeinsamkeit und macht somit eine weitere Abstimmung untereinander unmöglich.

Das, lieber Herr Habersaat, was Sie gerade mit Ihrem Antrag fordern - Nordtarif, aufeinander abgestimmte Tarifstruktur, wie sie auch immer sein muss -, konterkarieren wir dann, wenn ein Einzelner, der dabei nun einmal die 85-%-Hoheit hat, mal eben mit einem Fingerschnipp sagt: „Wir machen das auf unserem Gebiet jetzt anders.“ So kann man wechselseitig mit allen Beteiligten nicht umgehen.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Habersaat?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Immer gern.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Minister, während also die Koalitionsfraktionen kritisieren, dass der HVV die Gebühren erhöht, richtet sich Ihre Kritik mehr an den Hamburger Bürgermeister, der diese Gebührenerhöhung ohne Absprache mit Ihnen reduziert hat.

- So ist es, Herr Habersaat, genau.

- Das ist aber nicht der Punkt.

Nein, aber das ist ganz wichtig. Ich will das gerne deutlich sagen. Es geht hier zum einen - -

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Herr Habersaat, Sie müssen schon zuhören, wenn Sie eine Frage stellen. Es geht an dieser Stelle in der Tat darum, wie wir miteinander umgehen. Dazu vielleicht auch an Sie ein klitzekleiner Hinweis:

885 Millionen € diese Größenordnung hat die Stadt Hamburg an Einnahmen aus Ticketverkäufen und Verkehrsverbänden. Das deckt 75 % ihrer Kosten. Das heißt, Hamburg legt 25 % dazu; das sind nach Adam Riese umgerechnet um die 210 bis 230 Millionen € Diese Summe packt Hamburg für den Personenverkehr dazu.

Wir dagegen haben Gesamtkosten von ebenfalls 700 bis 800 Millionen € Bei uns decken die Fahrticketeinnahmen aber leider nur 40 % der Kosten, die entstehen. Das heißt, das deutlich ärmere Schleswig-Holstein gibt viel mehr Geld für öffentlichen Personennahverkehr aus als das reiche Hamburg. Ist das okay, Herr Habersaat?

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Habersaat [SPD] schüttelt mit dem Kopf)

- Da müssen Sie gar nicht mit dem Kopf schütteln, sondern da müssen Sie mitrechnen, Herr Habersaat. Bei 40-prozentiger Tarifergiebigkeit heißt das für uns, dass wir rund und roh für Schienen und Busse und anderes in jedem Jahr über 400 Millionen € ausgeben - 400 Millionen € -, während Hamburg für seinen öffentlichen Personennahverkehr insgesamt 200 Millionen € an staatlichen Zuschüssen ausgibt. Stadttarif!

Deshalb ist es so wichtig - da haben Sie in einem Kritikpunkt Recht: Steinburg hin und zurück -, dass wir nicht versuchen, Tarifstrukturen, die für eine Stadt passend sind, über ein ganzes Land auszubreiten und dabei noch mehr an der Hoheit, an der Autonomie der Tarifgestaltung verlieren; im Gegenteil.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD)

Wir müssen alles dafür tun - und deshalb ist Ihr Antrag ja auch richtig -, dass wir mit Hamburg anders als bisher ins Gespräch darüber kommen, dass wir eine grundsätzliche Strukturreform miteinander angehen müssen, die aufeinander abgestimmt ist.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Herr Habersaat, dieses ist nicht gescheitert, weil die Landesregierung von Schleswig-Holstein so lange auf Gutachten wartet, sondern der Nordtarif ist gescheitert, weil Hamburg bisher nicht gesprächsbereit war.

Nur muss ich an der Stelle Folgendes sagen: Die guten Beziehungen zu Hamburg gibt es in vielen Bereichen. In der nächsten Woche werde ich gemeinsam mit meinem dortigen Amtskollegen nach Israel fliegen und dort gemeinsam im Bereich Start-ups auftreten. So gut die Zusammenarbeit in vielen Bereichen ist, so sehr muss man aber auch sagen können und dürfen, dass es an verschiedenen Stellen nicht gut läuft. Bei dieser Frage des öffentlichen Personennahverkehrs ist die Abstimmung eben leider nicht gut; da müssen wir besser werden. Es geht hier um die Bereitschaft von Hamburg, gemeinsam mit uns darüber zu diskutieren.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Unbedingt; denn ich habe ja unbegrenzte Redezeit.

(Heiterkeit)

Martin Habersaat [SPD]: Herr Minister, glauben Sie, dass der Umstand, dass die Quote der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein so unterschiedlich ist, auch dadurch gegeben sein könnte, dass es sich bei der Freien und Hansestadt Hamburg um einen Stadtstaat handelt, während wir ein Flächenstaat sind?

- Natürlich, Herr Habersaat, das ist ja der Hintergrund, gar keine Frage. Aber das heißt doch, dass

wir das, was wir doch eigentlich alle erreichen wollen, nämlich mehr Menschen dazu zu bewegen, auf öffentliche Verkehrsmittel zurückzugreifen, gerade zwischen einem Stadtstaat und einem Flächenstaat am besten untereinander abgestimmt erreichen können. Ansonsten würden wir überall Tarifbrüche erleben. Wir erleben, dass heute derjenige, der von Bargteheide nach Hamburg fährt, ungefähr ein Drittel mehr dafür zahlen muss als derjenige, der von Ahrensburg nach Hamburg fährt. Da gibt es also eine Bruchstelle.

(Martin Habersaat [SPD]: Es geht hier auch um Lübeck!)

- Wenn Sie das jetzt bis Lübeck verlegen, Herr Kollege, dann haben Sie das Thema an den Lübecker Rand verlegt, und damit haben Sie denjenigen, der aus Ratekau zusteigt, mit einem irren Preis im Verhältnis zu dem, der in Lübeck zusteigt, belastet. Diese Tarifbrüche kriegen Sie doch dadurch nicht weg. Sie kriegen die Tarifbrüche nur weg, wenn Sie ein in sich geschlossenes System bauen, das zwischen Hamburg und uns abgestimmt ist. Das muss das Ziel sein.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

Lassen Sie mich aber auch noch auf eine andere Sache eingehen, Herr Habersaat, damit in der Diskussion kein falscher Zungenschlag entsteht. Sie sollen ganz klar wissen, wo jedenfalls dieser Minister bei der Frage „Tariferhöhungen“ steht. Wir werden uns schlicht und ergreifend angesichts überschaubarer Finanzmittel entscheiden müssen, wofür wir das Geld ausgeben. Sie können das hier entscheiden, und ich exekutiere das dann. Wenn Sie sagen, Sie wollen in dem oder dem Umfang keine Tariferhöhung mehr machen, dann geht das zulasten der Qualitätsverbesserung, die wir erzeugen könnten. Oder wir entscheiden uns dafür, dass - -

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, einen kleinen Moment bitte! Ist das jetzt noch die Beantwortung der Frage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Nein.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gut. Dann darf Herr Habersaat sich jetzt bitte wieder hinsetzen.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Das ist nett. Ich bitte um Vergebung. - Aber meinen Gedanken, Herr Habersaat, möchte ich durchaus noch zu Ende führen.

(Heiterkeit)

Wir müssen uns dann zwischen zwei Gegebenheiten entscheiden: Entweder die Leute steigen in größerem Maße um, weil es billiger wird, oder die Leute steigen um, wenn sie bei hoher Vertaktung pünktlich, schnell und qualitativ anspruchsvoll zum Ziel kommen. Ich sage Ihnen: Ich gehe davon aus, dass die Leute eher umsteigen werden, wenn sie eine hohe Qualität, hohe Taktzahlen, Pünktlichkeit und Verlässlichkeit haben. Es wird nicht so sehr darauf ankommen, den geringstmöglichen Preis zu haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind einige Vorschläge aus bestimmten Ecken aus meiner Sicht auch totaler Quatsch. Zum Beispiel die 1. Klasse im Regionalexpress abzuschaffen bewirkt doch, dass diejenigen, die gerne mehr Geld ausgeben wollen, dann sagen würden: „Nein, dann fahre ich nicht mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln.“ Das ist also genau der falsche Weg. Wir müssen ein qualitativ besseres Angebot machen. Dafür kann man dann auch einen bestimmten Preis verlangen.

(Zuruf SPD: Dann sagen Sie das doch auch!)

Deshalb finden Sie in mir keinen grundsätzlichen Gegner von Tarifierhöhungen, sondern Sie finden in mir einen, der sagt: Ein abgestimmter Nordtarif, der wäre schlau. Und dieser Antrag gibt Gelegenheit dazu, einen neuen Anlauf zu unternehmen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Mit dem allergrößten Vergnügen.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Minister, ich bin Ihnen so unglaublich dankbar für den Hinweis, dass das Parlament entscheidet und die Regierung exekutiert.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und AfD)

Das habe ich in diesem Haus schon lange nicht mehr gehört. Ich freue mich, dass das ausgerechnet von Ihnen kommt - Sie waren ja einmal Parlamentarier -; das finde ich wirklich gut. Insoweit sind wir uns also einig.

Sind wir uns auch bei dem zweiten Punkt einig, wo wir bereits in der letzten Wahlperiode auch über das Thema Aufnahme Steinburgs in den HVV gestritten haben? Deshalb ist es, Kollege Baasch, seinerzeit in die Wahlprogramme und in den Koalitionsvertrag gekommen, weil wir uns immer klar darüber waren, dass es eine Sonderbehandlung ist. Lübeck ist danach erst eingefallen, dass sie auch in den HVV kommen könnten.

Zu dem damaligen Oppositionsantrag von CDU und FDP und ich meine auch von den PIRATEN zum Thema Aufnahme Steinburgs in den HVV gab es einen Alternativantrag der damaligen Koalitionsfraktionen, in dem ein Nordtarif gefordert wurde. Das wurde dann interessanterweise ein einstimmiger Beschluss. In der letzten Wahlperiode waren wir uns schon einig, dass wir einen Nordtarifverbund haben müssen, dass Steinburg eine Sonderbehandlung benötigt und dass das auch der letzte Fall bleibt, bis wir zu einem norddeutschen Tarifverbund kommen. Darüber bestand schon in der letzten Wahlperiode Einigkeit. Ich wundere mich, dass der ein oder andere das vergessen hat. Herr Minister, das wollte ich noch einmal mit auf den Weg geben.

- Ich bedanke mich herzlich dafür, muss allerdings zur Kenntnis geben, dass ich in der letzten Wahlperiode weder auf der Regierungsseite Mitglied war noch am Parlament teilgenommen habe.

(Christopher Vogt [FDP]: Leider nicht!)

Zu diesen historischen Zeiten kann ich leider nichts sagen.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Anmerkung oder Zwischenfrage der Abgeordneten Raudies?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich gern.

Beate Raudies [SPD]: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben eben ausführlich über die

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Kostenstruktur beim HVV referiert und ausgeführt, wieviel das Land Hamburg und wieviel das Land Schleswig-Holstein zahlen. Können Sie mir sagen, in welcher Höhe das Land Hamburg und in welcher Höhe das Land Schleswig-Holstein Regionalisierungsmittel vom Bund erhalten?

- Das kann ich jetzt nicht im Einzelnen sagen, aber sicherlich sind die Regionalisierungsmittel so, dass Schleswig-Holstein höhere Regionalisierungsmittel erhält, um das zu finanzieren.

Frau Abgeordnete, es kann doch nicht richtig sein, dass wir mit einer Struktur weiterleben, mit der die Tarifveränderungsanpassungen immer weiter dazu führen, dass wir als Bundesland immer mehr bezahlen müssen, während in Hamburg die Kostendeckungsstruktur beibehalten wird. Das kann doch keinen Sinn machen.

Zweitens, Frau Abgeordnete: Kann es im Selbstverständnis dieses Parlamentes liegen, dass man über die wesentlichen Fragen der Tarifgestaltung im eigenen Landesgebiet ein anderes Bundesland entscheiden lässt? - Aus meiner Sicht kann es das nicht sein.

(Beifall FDP, CDU und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung der Abgeordneten Raudies?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich.

Beate Raudies [SPD]: Herr Minister, ich helfe gern nach. Das Land Hamburg hat 175 Millionen € Regionalisierungsmittel und das Land Schleswig-Holstein hat 275 Millionen € im Jahr 2019 erhalten. Vielleicht hat das ja einen Einfluss.

Meine weitere Frage bezieht sich auf die Frage des Kollegen Habersaat. Ich habe noch nicht Ihre Antwort auf seine Frage, wieso in der Hamburger Bürgerschaftsdrucksache stehe, die Erhöhung im Hamburger Umland bei den Großkundenabos erfolge mit der Zustimmung der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen, gehört.

- Noch einmal, Frau Abgeordnete Raudies, wir haben versucht, in einem Tarifgefüge bei den Diskus-

sionen mit Hamburg und den Umlandgemeinden eine Struktur gemeinsam zu entwerfen und deshalb in Teilen Vorschläge gemacht, um die Brüche zu vermeiden, die sich im Tarifgebiet von Schleswig-Holstein ergeben würden, wenn wir anders dabei vorgehen. Natürlich bedeutet das auch, dass man für andere Fahrstreckenlängen andere Fahrpreiserhöhungen nehmen muss. Genau das haben wir in dem Kompromiss, der da gefunden war, gehabt, der dann durch Herrn Tschentscher konterkariert worden ist.

Das kann man so oder so finden, aber ich stehe dazu und hoffe - und das lassen Sie mich zum Schluss sagen -, dass diese ganze Debatte, so wie sie jetzt geführt wird, Anlass gibt, tatsächlich etwas auf den Weg zu bringen, und das möglichst gemeinsam. Für Dezember hat sich der Aufsichtsrat des HVV auf die Tagesordnung gesetzt, über die Reform der Struktur des HVV nachzudenken. Ich nehme die Beschlussfassung und die Diskussion des heutigen Tages zum Anlass, dass das Thema Nordtarif, abgestimmter Tarif, die bestehende Struktur des HVV und des Schleswig-Holstein-Tarifs dort noch einmal massiv auf die Tagesordnung gesetzt wird

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

mit der Bitte und der dringenden Forderung an Hamburg, auch dies auf Augenhöhe mit uns zu diskutieren und nicht von oben herab einfach für den HVV zu entscheiden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Der Herr Minister hat die Redezeit eingehalten.

(Heiterkeit FDP)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1639 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1663 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Kay Richert [FDP]: Den ersten beschließen und den zweiten überweisen!)

Zwischendurch wurde von der AfD-Fraktion gesagt, dass sie eine Überweisung wünschen. Wird das zurückgezogen?

(Zurufe Volker Schnurrbusch [AfD], Lukas Kilian [CDU] und Jörg Nobis [AfD])

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Es ist somit beantragt worden, den Alternativantrag Drucksache 19/1663 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Das ist somit einstimmig beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1639 abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 19/1639 mit den Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Abgeordneten des SSW, der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Abgeordneten Sayn-Wittgenstein und den Stimmen der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 33 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2019 bis 30. Juni 2019

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 19/1580

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Abgeordneten Hauke Götttsch, das Wort.

(Beifall CDU und FDP)

Hauke Götttsch [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich auch an die Zeit halten, wir werden wohl um 12 Uhr mit diesem Tagesordnungspunkt rechtzeitig fertig sein.

Heute stelle ich Ihnen den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das zweite Quartal 2019 vor. Lassen Sie mich kurz zu den Zahlen des Berichtes ausführen: Im zweiten Quartal dieses Jahres sind beim Petitionsausschuss 82 neue Petitionen eingegangen. Er hat in diesem Zeitraum 84 Petitionen abschließend behandelt. Ich freue mich über die gute Erledigungsquote des Ausschusses, die unsere effektive Arbeit unterstreicht. Der Ausschuss hat weiterhin in dem Berichtszeitraum eine Anhörung eines Sachverständigen durchgeführt. Außerhalb der Ausschusssitzungen war der Ausschuss bei drei Ortsterminen und zwei Bürgersprechstunden in Eckernförde und Kiel aktiv. Die weiteren Zahlen ergeben sich aus dem Bericht, der Ihnen vorliegt.

Die in dieser Legislaturperiode wieder neu ins Leben gerufenen Bürgersprechstunden sind ein wich-

tiges Instrument für uns Abgeordnete, um vermehrt direkte Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zu führen. In unserer täglichen Arbeit stellen wir oftmals fest, dass die Betroffenen schon jahrelang Korrespondenz mit den zuständigen Behörden geführt haben. Um die Hemmschwelle für die Bürgerinnen und Bürger abzubauen und mit komplexen Verfahren an den Ausschuss heranzutreten, sind Bürgersprechstunden von großem Wert. Im persönlichen Gespräch lassen wir uns Zeit für den Menschen, um das Anliegen zu verstehen. Wir stellen auch immer wieder fest, wie sehr Bürgerinnen und Bürger im täglichen Leben von belastenden Behördenentscheidungen betroffen sind. Ich kann daher Betroffene nur ermuntern und ermutigen, weiter von den Bürgersprechstunden des Petitionsausschusses regen Gebrauch zu machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Kommen Sie zu uns, wir sind für Sie da. Die nächste Bürgersprechstunde findet am 16. September 2019 in Eutin statt.

Aus dem Berichtszeitraum möchte ich Ihnen kurz zwei Fälle vorstellen, um die vielfältige Arbeit des Ausschusses zu unterstreichen. Ein Petent wendet sich mit der Bitte um Unterstützung für eine Kostenstundung von Verfahrenskosten vor dem zuständigen Amtsgericht an den Petitionsausschuss. Aufgrund geringer Einkünfte könne er die derzeitige monatliche Ratenzahlungsvereinbarung nicht einhalten. Der Ausschuss begrüßt, dass dem Anliegen des Petenten abgeholfen werden konnte. Das zuständige Amtsgericht hat dem Stundungsantrag des Petenten stattgegeben.

Mit einem gänzlich anderen Thema wendet sich ein anderer Petent an den Ausschuss, nämlich um seine Veranlagung zur Einkommensteuer 2017 überprüfen zu lassen. Zum einen seien seine im Rahmen des Einspruchs vorgetragene Einwände gegen den Einkommensteuerbescheid nicht hinreichend gewürdigt worden, zum anderen rügt er die lange Reaktionszeit des Finanzamts auf seinen Einspruch. Der Petitionsausschuss hat festgestellt, dass die Bearbeitungszeit des Finanzamts in Ordnung war. Durch die Überprüfung des Finanzministeriums konnte der Petition aber in Teilen abgeholfen werden, und der Petent hat eine - berechnete - Nachzahlung erhalten.

Abschließend bitte ich Sie, von der Erledigung der Petitionen aus dem zweiten Quartal 2019 Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu be-

(Hauke Göttisch)

stätigen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 19/1580 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig der Fall. Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, dass der Tagesordnungspunkt 41 auf die November-Tagung verschoben werden soll. - Herzlichen Dank für Ihr Verständnis.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens für die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege (Pflegerberufe-Ausbildungsfonds-Errichtungsgesetz – PflBAFondsErG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/1494

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/1633

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Werner Kalinka.

(Werner Kalinka [CDU] begibt sich zu einem der Saalmikrofone - Wolfgang Baasch [SPD] übergibt Werner Kalinka [CDU] ein Manuskript)

- Da vorne ist ein Mikrophon.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Ich bitte um Nachsicht; ich hätte möglicherweise schon nicht mehr da sein können, und dann hätte mein Kollege dies freundlicher Weise übernehmen wollen.

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung durch Plenarbeschluss vom 20. Juni 2019 federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss überwiesen. Der mitberatende Finanzausschuss hat über den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 15. August 2019 beraten. Der federführende Sozialausschuss führte die abschließende Beratung in seiner Sitzung am 22. August 2019 durch.

Im Einvernehmen mit dem beteiligten Finanzausschuss empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/1494, unverändert anzunehmen.

Es wurde festgestellt, dass in der Drucksache 19/1494 der Titel des Gesetzentwurfs auf dem Deckblatt und der angegebene Titel im Text des Gesetzentwurfs auf Seite 4 nicht übereinstimmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Titel auf dem Deckblatt auch der Titel des Gesetzentwurfs ist. Somit wird der Gesetzestitel auf Seite 4 wie folgt gefasst:

„Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens für die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege (Pflegerberufe-Ausbildungsfonds-Errichtungsgesetz -PflBAFondsErG)“

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse nun über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/1494, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf so anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkte 14 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Vertretung des Landes Schleswig-Holstein im Ausschuss der Regionen (AdR)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1626

b) Zustimmung zur Benennung eines schleswig-holsteinischen stellvertretenden Mitglieds der Landesregierung im Ausschuss der Regionen (AdR) für die 7. Mandatsperiode 2020-2025

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag der Landesregierung
Drucksache 19/1618

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.
Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag Drucksache 19/1626 abstimmen und schlage Ihnen hierzu offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 19/1626 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ebenfalls einstimmig so geschehen. Herzlichen Dank.

Ich lasse nun abstimmen über den Antrag der Landesregierung, Drucksache 19/1618. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ebenfalls einstimmig. Herzlichen Dank.

Die vorgeschlagenen Mitglieder des Ausschusses der Regionen sind damit einstimmig gewählt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Begabte Schülerinnen und Schüler an allen Schularten fördern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1422

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/1630

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter des Bildungsausschusses, dem Abgeordneten Peer Knöfler.

(Peer Knöfler [CDU]: Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage!)

- Das geht so auch. Herzlichen Dank, Herr Berichterstatter.

Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1422, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. - Wer ist dagegen? - Das sind die

Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag Drucksache 19/1422 abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

Abschlussbericht der Unabhängigen Sachverständigenkommission „Evaluierung der Alterssicherung der Abgeordneten“

Drucksache 19/1571

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich Ihnen einige grundsätzliche Bemerkungen zum Anlass des Berichts und zum weiteren Verfahren vortragen.

Mit Beginn der 17. Wahlperiode wurde die Alterssicherung für Abgeordnete auf private Eigenvorsorge mit privatem Vorsorgebeitrag umgestellt. Die Abgeordneten sollten ausschließlich durch eigene Beitragsleistungen in der Lage sein, ihre Alters- und Hinterbliebenenversorgung selbst abzusichern.

Seit Einführung der privaten Altersversorgung durch die Abgeordneten im Jahr 2007 haben sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Das hat drastische Auswirkungen auf langfristige alterssichernde Anlageprodukte. Alle Institute und Organisationen, die ihr Kapital an den Finanzmärkten anlegen, leiden unter der andauernden Niedrigzinsphase und haben Schwierigkeiten, angemessene Zinsen für sichere Anlagen zu erzielen. Auch wird das Angebot an einschlägigen Anlageprodukten immer geringer.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Frage gestellt, ob Abgeordnete auf Grundlage des bestehenden Systems noch in der Lage sind, eine dem Mandat angemessene Altersvorsorge für sich und ihre Hinterbliebenen aufzubauen.

Im Juli letzten Jahres hat sich daher der Ältestenrat auf die Einsetzung einer Unabhängigen Sachverständigenkommission verständigt, die die Alterssicherung der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags evaluieren sollte. Die Kommission hat mir vor der Sommerpause dieses Jahres ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Ich möchte auch an dieser Stelle den Mitgliedern der Kommission für ihre engagierte Arbeit herzlichen Dank sagen.

(Beifall)

(Präsident Klaus Schlie)

Die Kommission hat unterschiedliche Versorgungsmodelle untersucht und bewertet. Auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse hat die Kommission die Empfehlung ausgesprochen, die Altersversorgung nach einem modifizierten Pensionsmodell neu zu gestalten.

Wie soll es nun weitergehen? Der Bericht der Unabhängigen Sachverständigenkommission soll zunächst ausführlich in den Fraktionen beraten werden. Von dem Ergebnis dieser Beratungen ausgehend wird gegebenenfalls ein Gesetzentwurf mit den erforderlichen Änderungen des Abgeordnetengesetzes zu entwickeln sein, und dieser wird dann im ersten Halbjahr 2020 im Landtag zu erörtern und es wird darüber zu entscheiden sein.

Kommen wir nun zur Abstimmung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich schlage vor, den Bericht Drucksache 19/1571 zur Kenntnis zu nehmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen. Herzlichen Dank.

Bevor wir zur Erledigung der Sammeldrucksache kommen, muss ich noch einen Punkt nachholen. Ich rufe noch einmal Tagesordnungspunkt 36 auf:

Begabte Schülerinnen und Schüler an allen Schularten fördern

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 19/1630

Dort ist mir durchgegangen, dass wir mit der Drucksache 19/1630 einen Entschließungsantrag des Bildungsausschusses mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt bekommen haben.

Ich wiederhole es: Mit der Drucksache 19/1630 haben die Mitglieder des Bildungsausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt.

Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD sowie die Abgeordnete Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Entschließungsantrag auch angenommen.

Vielen Dank. Es tut mir leid, dass ich das übersehen hatte.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 19/1652 (neu)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1652 (neu). Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Ich sehe, das ist der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlung entsprechend der Sammeldrucksache 19/1652 (neu) einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig der Fall. Damit ist diese Sammeldrucksache beschlossen.

Wir sind am Ende unserer Tagung. Ich danke Ihnen - auch dafür, dass Sie Verständnis dafür haben, dass wir diese Tagung relativ zügig beenden müssen, weil wir gleich die gemeinsame Feierstunde haben. Ich freue mich, Sie alle dort wiederzusehen. Bis dahin wünsche ich Ihnen alles Gute. Wir sehen uns zur nächsten Tagung wieder. Die Sitzung ist geschlossen. - Vielen Dank.

Schluss: 12:01 Uhr